



Grundzüge der Angewandten Mikroökonomie

von

Prof. Dr. Johannes Natrop
Hochschule Bonn-Rhein-Sieg

2., vollständig überarbeitete und erweiterte
Auflage

Oldenbourg Verlag München

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2012 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Telefon: (089) 45051-0
www.oldenbourg-verlag.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Lektorat: Dr. Stefan Giesen
Herstellung: Constanze Müller
Titelbild: thinkstockphotos.de
Einbandgestaltung: hauser lacour
Gesamtherstellung: Grafik & Druck GmbH, München

Dieses Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706.

ISBN 978-3-486-71315-2
eISBN 978-3-486-71592-7

Vorwort zur 2. Auflage

Die zweite Auflage verfolgt stärker als zuvor das Anliegen, durch eine strukturierende Analyse die molekularen Bausteine wirtschaftlichen Denkens herauszuarbeiten und in ihrer Gesamtwirkung zu verdeutlichen. Das Buch fand bei den Studierenden immer wieder positive Resonanz. Dies zeigt, dass der gewählte analytische Ansatz durchaus auf Akzeptanz stößt, wenn Theorie und Praxis auf anschauliche Weise miteinander verzahnt werden. Die aktuelle Auflage zielt noch intensiver darauf ab, **theoretische Exaktheit und praktische Anwendung in Einklang zu bringen**. Hierzu wurden viele Passagen überarbeitet und durch weitere graphische Übersichten und Abbildungen verständlicher gestaltet. Zusätzliche Aufgaben mit Klausurbezug und ihre Lösungen sollen die Ausführungen veranschaulichen und eine systematische Klausurvorbereitung unterstützen. Aktuelle wirtschaftspolitische Themen wie z. B. die Wirtschafts-, Finanz- und Bankenkrise, die Klimaerwärmung, die Energiewende oder bildungspolitische Herausforderungen konnten in die Analyse aufgenommen werden.

Die vorliegende Auflage unterstreicht deutlich, dass es sich bei der Mikroökonomie in erster Linie um eine Allokationstheorie handelt. Diese setzt sich mit der Frage auseinander, in welcher Weise und in welchem Umfang im ökonomischen Alltag der Einsatz von Gütern, Ressourcen, Wissen etc. zielorientiert erfolgt und welche Ergebnisse hieraus für die Wohlfahrt der Volkswirtschaften resultieren. Dabei wird im Grundsatz vom „homo oeconomicus“ – d. h. dem rational handelnden Menschen – ausgegangen. Auch wenn im Wirtschaftsalltag die Annahme rationalen Verhaltens aufgrund fehlender Informationen, Suchkosten sowie infolge emotional getroffener Entscheidungen häufig nicht gegeben ist, reicht es doch für viele Fragestellungen aus, Rationalität im Trend oder im Durchschnitt der vielen Entscheidungen der Wirtschaftsteilnehmer zu unterstellen.

Neu aufgenommen wurde im einleitenden Kapitel I.5 ein Überblick zur Spieltheorie. Strategische ökonomische Entscheidungen lassen sich in der Praxis häufig mittels spieltheoretischer Ansätze erklären. Spieltheoretische Forschungsarbeiten sind in der jüngsten Vergangenheit mehrfach durch Wirtschaftsnobelpreise ausgezeichnet worden. Im Kapitel III.1 (Haushaltstheorie) wurden neben zahlreichen Überarbeitungen vor allem die Darstellungen zur Konzeption und zur empirischen Bedeutung der Nachfrageelastizitäten präzisiert. Eine detaillierte Erörterung der Elastizitätsbegriffe soll dazu beitragen, Fehlinterpretationen zu vermeiden. Verschiedene Zusammenfassungen und Übersichten runden die Ausführungen ab und schärfen den Blick für das Ganze.

Größere Überarbeitungen finden sich auch im Unternehmenskapitel III.2: Hier wurden produktionstheoretische Alltagsbeispiele in die Analyse aufgenommen, die das Verständnis der formalen Ausführungen der Produktionstheorie erleichtern sollen.

Die Zahlen zum gesamtwirtschaftlichen Faktoreinsatz und zur Entwicklung wichtiger Faktorproduktivitäten (stilisierte Fakten) wurden aktualisiert. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Energiewende in Deutschland (stärkere Nutzung der regenerativen Energien, höhere Energieeffizienz) und die sich hieraus ergebenden Implikationen eingegangen. Im Kapitel III.2.6 wurde der in der globalisierten Welt so bedeutsame Begriff der Lohnstückkosten in die Ableitung der Faktornachfragefunktion integriert und vor dem Hintergrund aktueller Zahlen für Deutschland erläutert. Ein weiterer Schwerpunkt der Überarbeitung betrifft die Darstellung der mikroökonomischen Angebotsfunktion und ihre Einbindung in die Produktions- und Kostentheorie. Die hier vorgenommenen Präzisierungen machen es möglich, Verschiebungen der Marktnachfrage und des Marktangebots besser zu begründen und ihre Auswirkungen auf Marktprozesse auf der Basis aktueller Beispiele differenzierter zu beurteilen. Im wettbewerbspolitischen Teil wurden die empirischen Untersuchungen und Berechnungen zu den Konzentrationsmaßen für ausgewählte Wirtschaftszweige des Verarbeitenden Gewerbes auf der Basis neuester Zahlen aktualisiert.

Im einleitenden Kapitel und im Kapitel V wird deutlich, dass der Koordinierungsmechanismus der Sozialen Marktwirtschaft vor allem im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise zu Fehllenkungen geführt hat. Diese Fehlallokationen sind zum einen auf verzerrte Preissignale, Machtkonzentrationen und unzureichende Regulierungen zurückzuführen. Andererseits ist dieses Marktversagen auch durch grundsätzliche marktwirtschaftliche Abstimmungsprobleme und Fehlanreize begründet. Im Kapitel V wurde der Beitrag des Staates zur Bewältigung von Marktversagen weiter präzisiert und aktualisiert. Dies betrifft insbesondere die Herausforderungen, denen sich staatliches Handeln in Folge der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise gegenüber sieht. Allokative Eingriffe des Staates sind aber auch zur Bewältigung globaler Treibhauseffekte und der verschwenderischen, exzessiven Nutzung erschöpfbarer Ressourcen erforderlich (Überfischung der Weltmeere, Verschmutzung der Umwelt). In diesem Zusammenhang wurden die aktuellen Entwicklungen im Zuge des Kyoto-Protokolls in die neue Auflage eingearbeitet. Es ehrt die Mikroökonomie als die „theoretische Basis“ des angewandten Managementwissens, dass sie zahlreiche Forschungsleistungen hervorbrachte, die mit Wirtschaftsnobelpreisen ausgezeichnet wurden. Die diesbezüglichen Forschungsarbeiten namhafter Ökonomen wurden an verschiedenen Stellen in die Ausführungen eingearbeitet.

Die umfassende Überarbeitung und Erweiterung dieser Auflage erforderte einen Aufwand, der mit den Grundsätzen eines „homo oeconomicus“ nur schwer zu vereinbaren ist. Mit viel Idealismus und Engagement haben mich Frau Juliane Welp und Frau Diana Uzunoff bei der Neugestaltung der zahlreichen Abbildungen, Übersichten und Tabellen sowie der technischen Gestaltung des Textes tatkräftig unterstützt. Sie haben hilfreiche formale Hinweise gegeben und die Texte Korrektur gelesen. Frau Welp hat auch bei der Aktualisierung der Ausführungen zu den Umweltverschmutzungszertifikaten konzeptionell und inhaltlich mitgewirkt. Dafür und für die sehr angenehme konstruktive Zusammenarbeit möchte ich ihnen ganz herzlich

danken. Wichtige Vorarbeiten bei der Neugestaltung des Buches hat über einen längeren Zeitraum Frau Christine Stramka geleistet, der ich für ihre strukturierte und engagierte Arbeit ebenfalls besonders danke. Wertvolle Anregungen und Unterstützung bei der inhaltlichen Erstellung und praktischen Umsetzung habe ich immer wieder von meinen geschätzten Kollegen Herrn Prof. Dr. Reiner Clement und Herrn Dr. E.-Peter Kausemann erhalten. Dafür danke ich ihnen sehr.

Mein Dank gilt auch den Studierenden des Fachbereichs, die in den letzten Jahren durch verschiedene Hinweise oder Fragen in den Lehrveranstaltungen der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg dazu beigetragen haben, dass fehlerhafte und/oder unklare Darstellungen korrigiert und neue Darstellungsformen in das Buch aufgenommen werden konnten. Mein ganz besonderer Dank gilt schließlich meiner Frau, die es mit großer Toleranz, Geduld und Rücksichtnahme ermöglicht hat, dass ich mich immer wieder auf die Spuren des „homo oeconomicus“ und seine Herausforderungen in diesem Buch begeben konnte. Auch hat meine Frau dankenswerterweise in vielen Stunden das Buch Korrektur gelesen und so manchen redaktionellen Fehler aufgedeckt. Trotz intensiver Suche nach dem „letzten Fehler“ besteht nicht die Illusion, dass die Fehlerquote den Grenzwert „Null“ bereits erreicht hat. Anregungen und Kritik nehme ich gerne unter folgender E-Mailadresse entgegen:

Johannes.Natrop@H-BRS.de.

Bonn, im Januar 2012

Johannes Natrop

Vorwort zur 1. Auflage

Trotz der Vielfalt und Komplexität wirtschaftlicher Fragestellungen wird bei ihrer genauen Betrachtung eine sich wiederholende analytische Struktur ersichtlich, deren Kenntnis den Zugang zur Mikroökonomie wesentlich erleichtern kann. Ziel dieses Buches ist es, diese mikroökonomische Struktur unter Verwendung zahlreicher Beispiele systematisch zu erschließen. Die ökonomischen Probleme lassen sich besser verstehen, wenn ihr grundsätzliches Schema herausgearbeitet wird, also gleichsam die „ökonomischen Atome freigelegt“ werden. Dies versetzt den ökonomischen Betrachter in die Lage, diese „Atome“ in Abhängigkeit von den sich schnell wandelnden Rahmenbedingungen wie veränderten Preisen, Präferenzen, Einkommen der Haushalte, Produktionsbedingungen der Unternehmen und Marktgegebenheiten situationsbezogen zu neuen konkreten „Molekülen des Wirtschaftsalltags“ zusammenzusetzen.

Die in diesem Buch angewendete methodische Vorgehensweise hat große Vorteile: Da die Realisierung des ökonomischen Prinzips im Haushaltsbereich und im Unternehmensbereich nach der gleichen Systematik erfolgt, stimmen Ergebnisse und Vorgehen in vielen mikroökonomischen Fragen bis auf die unterschiedlichen Begriffe weitgehend überein. Hat der Leser also die Systematik erst einmal verstanden, dann sind die Ausführungen im Haushalts- bzw. im Unternehmensbereich erkenntnistheoretisch letztlich nur Wiederholungen altbekannter Aussagen im neuen Gewand. So ist die Analyse des Arbeitsangebots eines Haushalts in ihrer theoretischen Ausrichtung und instrumentalen Umsetzung weitgehend identisch mit der Ableitung der optimalen Güternachfrage eines Haushalts. Das Vorgehen bei der Bestimmung der kostenminimalen Faktorkombination (Minimalkostenkombination) der Unternehmung entspricht der Ableitung der optimalen Güterkombination (2. Gossensches Gesetz) der Privaten Haushalte. Ebenso bestehen im Denkansatz zwischen der Entwicklung der Produktionsmenge bei erhöhtem Faktoreinsatz (Gesetz des „abnehmenden Ertragszuwachses der Produktion“ in der Unternehmenstheorie) und dem abnehmenden Nutzenzuwachs bei vermehrter Güternachfrage (1. Gossensches Gesetz in der Haushaltstheorie) enge Parallelen.

Wer sich auf die jeweiligen Ausführungen einlässt und den roten Faden verinnerlicht, wird das Instrumentarium zur Lösung vieler ökonomischer Alltagsfragen zu schätzen wissen. Zudem ist das Buch eine wertvolle Hilfe, das **systematisch-abstrakte ökonomische Denkvermögen zu schärfen**. Mit speziellem Faktenwissen lassen sich vielleicht einfache, immer wiederkehrende ökonomische Standardfragen lösen. Maßgeblich für den Erfolg des „Ökonomen der Zukunft“ ist aber die Fähigkeit, neue Probleme über allgemeingültige Verfahren und Methoden schnell zu erschließen und damit **den Anforderungen einer sich schnell wandelnden globalen Wirtschaft gewachsen zu sein**. Gerade hier kann die mikroökonomische Ausbildung wesentlich zur Bildung eines umfassenden Managementwissens beitragen.

Zwar wendet sich das Buch an den praktisch ausgerichteten Leser bzw. Studierenden, doch Praxisbezug ohne theoretische Untermauerung ist eine Illusion. Auch ist es nicht möglich, jede theoretische Aussage unmittelbar auf ihren Praxisbezug zu testen. Zum Teil wird die Praxisrelevanz einzelner Ausführungen erst am Ende der Darstellungen durch die Kombination der Einzelelemente deutlich. Das Zusammenfügen „atomarer“ ökonomischer Erkenntnisse zu „Molekülen des Alltags“ erlaubt zudem nicht immer konkrete *quantitative* ökonomische Aussagen. Häufig ist aber bereits viel gewonnen, wenn *qualitative* Bewertungen vorgenommen werden können. So lässt sich z. B. die Nachfrageentwicklung bestimmter Güter oder Gütergruppen im Wachstumsprozess kaum exakt quantifizieren; dennoch ist die mikroökonomisch abzuleitende Erkenntnis, dass bestimmte typische Güter oder Gütergruppen über- oder nur unterproportional vom Wachstum profitieren, als sehr aufschlussreich anzusehen.

Auch wenn das Buch immer wieder durch viele Beispiele theoretische Grundlagen praktisch umzusetzen versucht, ist und bleibt es im Kern – wie auch das Metier „mikroökonomische Theorie“ zum Ausdruck bringt – eine primär theoretisch ausgerichtete Abhandlung. Als Darstellungsmittel stehen in diesem Buch verbale und zahlreiche graphische Ausführungen im Vordergrund. Sie wurden in verschiedenen Vorlesungen an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg auf Verständlichkeit hin überprüft. Mathematische Ableitungen werden ergänzend als prägnante Ausdrucksweise komplexer Sachverhalte soweit angeführt, wie es der Vertiefung und Durchdringung eines Themas förderlich erscheint.

Das Buch wird von zahlreichen Vertiefungsfragen und Aufgaben durchzogen, die den Zugang zu den behandelten Themen verbessern und intensivieren sollen. Die Vertiefungsfragen stellen eine Zusammenfassung bzw. Konzentration der Ausführungen dar und lassen sich über die Texte der jeweiligen Kapitel direkt beantworten. Die Fragen und Fallbeispiele sowie der immer wieder vorgenommene Praxisbezug bei den theoretischen Ausführungen sollen dazu beitragen, das Wissen auf aktuelle Situationen zu übertragen und die komplexen Verbindungen der einzelnen Vorlesungselemente aufzuzeigen. Sie dienen auch der Überprüfung, inwieweit das formaltheoretische Rüstzeug verstanden und beherrscht wird, um es auf praktische Alltagsfragen anzuwenden. Die Antworten zu den Fragen finden sich im Anhang des Buches.

Ansporn zur Fertigstellung dieses Buches erhielt ich u. a. auch aus der besonderen Situation heraus, in der sich das Fach Volkswirtschaftslehre in dem Studiengang Betriebswirtschaft befindet. Auch wenn allgemein die Kenntnis mikroökonomischer Zusammenhänge als ein zentraler Bestandteil des betriebswirtschaftlichen Managementwissens angesehen werden kann und zum generellen Grundverständnis betriebswirtschaftlicher Optimierungsprozesse beiträgt, muss sich die Mikroökonomie im hochschulpolitischen Alltag in den Curricula immer wieder mühsam behaupten. Dies zeigt sich auch deutlich bei der aktuellen Neugestaltung der Curricula im Zuge

der Umstellung auf die Studienabschlüsse Bachelor und Master. Ich hoffe, dass dieses Buch es ein wenig ermöglicht, dem Fach Volkswirtschaftslehre (bzw. hier der Mikroökonomie) zu dem gebührenden Stellenwert zu verhelfen, den es aufgrund seines besonderen Beitrages für das ökonomische Denken und den betriebswirtschaftlichen Alltag verdient hat. Denn „schon viele innerlich hervorragend organisierte und ökonomisch durchrationalisierte Unternehmen wurden durch die Marktkräfte zum Ausscheiden gezwungen, weil die Unternehmensleitungen allzu sehr in betriebswirtschaftlicher Nabelschau verharrten und die Zeichen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklungen nicht sahen oder, wenn sie sie sahen, nicht richtig zu deuten wussten“¹.

Für die umfassende Unterstützung bei der inhaltlichen Erstellung und praktischen Umsetzung dieses Buches möchte ich meinem geschätzten Kollegen Herrn Prof. Dr. Reiner Clement ausdrücklich danken. Er hat mir wichtige Anregungen und Hilfen gegeben. Mein Dank gilt auch den Studierenden des Fachbereichs, die durch zahlreiche Hinweise oder Fragen in den Lehrveranstaltungen der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg dazu beigetragen haben, dass fehlerhafte und/oder unklare Darstellungen korrigiert werden konnten. Das vorliegende Werk war technisch nur zu bewältigen, weil einige fleißige Hände daran mitwirkten: Besonderer Dank gebührt meinem studentischen Mitarbeiter, Herrn Andreas Göttlicher, der mich mit großem Elan und stets hilfsbereit tatkräftig unterstützt hat. Zur Aufdeckung der unvermeidlichen sprachlichen Unzulänglichkeiten und Tippfehler, die sich in ein Buch einschleichen, habe ich meine Frau Cornelia als „ehrenamtlich Mitwirkende“ gewinnen können. Hierfür sowie für die bemerkenswerte Geduld und Rücksichtnahme gilt ihr und meinen beiden Kindern mein großer Dank.

Bonn, im Januar 2006

Johannes Natrop

¹ Behrens, C.-U.; Kirspel, M.: Grundlagen der Volkswirtschaftslehre (im Folgenden zitiert: „Volkswirtschaftslehre“), 3. Auflage, München 2003.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Verzeichnis der Übersichten.....	XIV
Verzeichnis der Abbildungen.....	XVI
Verzeichnis der Tabellen.....	XIX
Verzeichnis der Abkürzungen und Symbole.....	XX
I Einführung und Aufbau	1
II Gegenstand der mikroökonomischen Theorie.....	5
1 Aspekte des Wirtschaftens.....	5
2 Das Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft (Überblick).....	11
2.1 Rahmenbedingungen der Sozialen Marktwirtschaft	11
2.2 Haushalte, Unternehmen, Staat und Märkte als zentrale Elemente einer Sozialen Marktwirtschaft	20
3 Abgrenzung der Mikro- und Makroökonomie.....	32
4 Methoden der mikroökonomischen Theorie.....	36
5 Kurzüberblick: Spieltheoretische Ansätze.....	41
III Nachfrage und Angebot auf Güter- und Arbeitsmärkten.....	51
1 Haushaltstheorie.....	52
1.1 Das Instrumentarium der ordinalen Nutzenanalyse	52
1.1.1 Ordinale Nutzenfunktion und ihre Implikationen	55
1.1.2 Budgetbeschränkung des Haushalts	67
1.1.3 Ableitung des Haushaltsoptimums.....	69
1.2 Bestimmungsfaktoren der Güternachfrage.....	77
1.2.1 Einkommensabhängige Nachfrage.....	78
1.2.2 Preisabhängige Nachfrage.....	82
1.2.3 Kreuzpreinsnachfrage (Preise anderer Güter)	96
1.2.4 Soziale Einflussfaktoren des Nachfrageverhaltens	101
1.3 Nachfrageelastizitäten	105
1.3.1 Direkte Preiselastizität ($E_{X,P(X)}$).....	107
1.3.2 Indirekte Preiselastizität (Kreuzpreiselastizität)($E_{X,P(Z)}$).....	126
1.3.3 Einkommenselastizität ($E_{X,Y}$).....	130
1.4 Marktnachfragefunktion und ihre Verschiebung.....	137
1.5 Zeitliches Konsumgleichgewicht des Haushalts	145
1.6 Erwerbgleichgewicht des Haushalts (Arbeitsangebot).....	152
2 Unternehmenstheorie.....	160
2.1 Produktionsfunktionen / Produktionsfaktoren.....	163
2.1.1 Substitutionale Produktionsfunktionen / Ertragsgesetz.....	166

2.1.2	Limitationale Produktionsfunktionen	179
2.2	Klassisches Ertragsgesetz	184
2.3	Totale Faktorvariation	186
2.4	Minimalkostenkombination	188
2.5	Kurz- bzw. langfristige Angebots-/Kostenfunktion (Dualität).....	191
2.5.1	Kostenarten und Kostenverläufe	192
2.5.2	Kurz- und langfristige Angebotsfunktion.....	203
2.5.3	Marktangebotsfunktion	215
2.5.4	Verschiebungen der Angebotsfunktion	217
2.5.5	Preiselastizität des Angebots, Kostenelastizität	221
2.6	Faktornachfragefunktion am Beispiel des Faktors Arbeit.....	223
IV	Markt- und Preistheorie	235
1	Marktwirtschaftlicher Koordinierungsmechanismus und Wettbewerb	235
1.1	Funktionen des Wettbewerbs	236
1.2	Aufgaben und Formen der Preisbildung	239
1.3	Systematik der Märkte, Marktformen	242
2	Bildung von Marktgleichgewichten	249
2.1	Marktgleichgewicht bei flexiblen Preisen	249
2.2	Marktgleichgewichte bei Verschiebungen der Angebots- oder Nachfragekurve	260
2.2.1	Privatwirtschaftliche Einflussgrößen	260
2.2.2	Auswirkungen von Steuern, Subventionen und Zöllen auf Marktgleichgewicht und Wohlfahrt einer Volkswirtschaft	265
2.3	Marktgleichgewicht bei inflexiblen Preisen	273
2.3.1	Höchstpreise und Wohlfahrtseffekte	273
2.3.2	Mindestpreise und Wohlfahrtseffekte	278
3	Marktverhalten und Marktergebnisse	283
3.1	Vollständiger Wettbewerb.....	286
3.2	Monopole und öffentliche Unternehmen	290
3.2.1	Gewinnmaximierung im Angebotsmonopol	290

3.2.2	Preisdifferenzierung im Angebotsmonopol.....	295
3.2.3	Natürliche Monopole.....	303
3.3	Monopolistischer Wettbewerb	308
3.4	Oligopole und Unternehmenskonzentration.....	313
3.4.1	Messung der Unternehmenskonzentration	313
3.4.2	Grundzüge der Preisbildung im Oligopol	317
V	Marktversagen und die Rolle des Staates	327
1	Überblick: Staatliche Allokations-, Distributions- und Stabilisierungspolitik	327
2	Allmende-, Monopulgüter, öffentliche Güter.....	333
3	Externe Effekte von Produktion und Konsum	338
4	Risiko und Unsicherheit (Asymmetrische Informationen).....	358
VI	Anhang.....	367
Teil A: Ergänzende Unterlagen.....		368
A1	Ableitung der Güternachfragefunktion (Lagrange-Ansatz)	368
A2	Darstellung der Wirkung einer Gütersubvention unter Verwendung des Instrumentariums der Nutzenanalyse.....	370
A3	Konkav verlaufende Indifferenzkurven.....	373
A4	Steigende Skalenerträge aufgrund der 2 zu 3-Regel	373
A5	Formale Herleitung des Coase-Theorems	374
Teil B: Lösungen zu den Aufgaben		378
Literaturverzeichnis		425
Stichwortverzeichnis.....		431

Verzeichnis der Übersichten

Übersicht I-1:	Struktur der Mikroökonomie	3
Übersicht II-1:	Bedürfnisse, Bedarf und Nutzen	6
Übersicht II-2:	Ziele, Nebenbedingungen, Entscheidungen eines Privaten Haushalts	22
Übersicht II-3:	Ziele, Nebenbedingungen, Entscheidungen einer Unternehmung	26
Übersicht II-4:	Exemplarische Darstellung unternehmerischer Entscheidungen	27
Übersicht II-5:	Märkte und Preise	31
Übersicht II-6:	Märkte für Güter und Faktoren	31
Übersicht II-7:	Teilgebiete der Mikroökonomie	34
Übersicht II-8:	Volkswirtschaftliche Fragestellungen der Wirtschaftsteilnehmer	35
Übersicht II-9:	Statische Marktanalyse	36
Übersicht II-10:	Komparativ statische und dynamische Analyse	37
Übersicht II-11:	Möglichkeiten der wissenschaftlichen Erkenntnisgewinnung ..	39
Übersicht II-12:	Gefangenendilemma (Prisoners' Dilemma)	43
Übersicht II-13:	Werbemaßnahmen zweier Anbieter	46
	(dominante Strategie für UN-B)	
Übersicht II-14:	Werbemaßnahmen zweier Anbieter	47
	(keine dominante Strategie, Nash-Gleichgewicht)	
Übersicht II-15:	Werbemaßnahmen zweier Anbieter.....	48
	(kein Nash-Gleichgewicht)	
Übersicht III-1:	Abgrenzung des Begriffs „Private Güter“	51
Übersicht III-2:	Interne und externe Tauschrate eines Haushalts	54
Übersicht III-3:	Wertschätzung dreier Güterbündel der Güter X und Z.....	55
Übersicht III-4:	Zweites Gossensches Gesetz in zwei Ausprägungen.....	74
Übersicht III-5:	Zweistufige Betrachtung beim Zweiten Gossenschen Gesetz ..	75
Übersicht III-6:	Exemplarische Zusammenstellung möglicher Giffen-Güter ...	94
Übersicht III-7:	Gründe für eine anomale preisabhängige Nachfrage.....	105
Übersicht III-8:	Nachfrageelastizitäten im Überblick	107
Übersicht III-9:	Direkte Preiselastizitäten ausgewählter Güter	118
Übersicht III-10:	Analyse der Preiselastizitäten verschiedener Gütergruppen...	120
Übersicht III-11:	Veränderung der Umsätze (Erlöse) bei Preisvariationen.....	121
Übersicht III-12:	Einkommenselastizitäten und Güterbegriffe.....	131
Übersicht III-13:	Bruttowertschöpfungsanteile der Sektoren (in %) in Deutschland	133
Übersicht III-14:	Wirtschaftspolitische Bedeutung von Elastizitäten	133
Übersicht III-15:	Zusammenstellung der Elastizitätsbegriffe der Nachfrage für Gut X.....	134
Übersicht III-16:	Einflussfaktoren der Verschiebung der Marktnachfrage- Kurve am Beispiel der PKW-Nachfrage	144

Übersicht III-17:	Abgrenzung der Unternehmensgröße	161
Übersicht III-18:	Begriffe zur Unternehmenstheorie im Überblick	163
Übersicht III-19:	Begriffliche Abgrenzungen der Produktionsfaktoren	164
Übersicht III-20:	Produktionstheoretische Begriffe im Überblick	165
Übersicht III-21:	Substitutionsprozesse bei den Produktionsfaktoren.....	175
Übersicht III-22:	Kostenkomponenten	194
Übersicht III-23:	Unterschiedliche Kostenverläufe und ihr dualer Bezug	201
Übersicht III-24:	Dualität von Produktions- und Kostenfunktionen	202
Übersicht III-25:	Einflussgrößen der Marktangebotsfunktion einer Unternehmung	220
Übersicht III-26:	Einflussgrößen des Güterangebots (Beispiel Automobil).....	221
Übersicht IV-1:	Marktelemente	236
Übersicht IV-2:	Funktionen des Wettbewerbs.....	237
Übersicht IV-3:	Funktionen der Preisbildung.....	240
Übersicht IV-4:	Arten der Preisbildung.....	241
Übersicht IV-5:	Systematik der Märkte	243
Übersicht IV-6a:	Marktformen	245
Übersicht IV-6b:	Marktformen und Marktverhalten im Überblick	248
Übersicht IV-7:	Komponenten des Marktes	249
Übersicht IV-8:	Preis- und Mengeneffekte bei Angebots- bzw. Nachfrage- verschiebungen	264
Übersicht IV-9:	Dynamik des Wettbewerbs	312
Übersicht IV-10:	Marktformen im Vergleich	325
Übersicht V-1:	Aufgaben des Staates	331
Übersicht V-2:	Drei zentrale Fragen des Wirtschaftens und der staatliche Einfluss	331
Übersicht V-3:	Staatliche Eingriffe in den Marktprozess.....	332
Übersicht V-4:	Märkte, Marktformen und Markteingriffe	332
Übersicht V-5:	Abgrenzung Privater und Öffentlicher Güter	335
Übersicht V-6:	Arten externer Effekte der Produktion und des Konsums	342
Übersicht V-7:	Möglichkeiten der Internalisierung negativer externer Effekte ..	344
Übersicht V-8:	Steuerarten und Steuerwirkung.....	347
Übersicht V-9:	Informationsdefizite und Marktversagen am Beispiel des Gebrauchtwagenmarktes	359
Übersicht V-10:	Versicherungsmarkt und Moral Hazard.....	362
Übersicht V-11:	Maßnahmen zur Schaffung von Markttransparenz.....	366

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung III-1:	Das Erste Gossensche Gesetz	57
Abbildung III-2:	Indifferenzkurve substitutiver Güter.....	58
Abbildung III-3:	Schar von Indifferenzkurven substitutiver Güter.....	59
Abbildung III-4:	Eigenschaften von Indifferenzkurven	60
Abbildung III-5:	Indifferenzlinie komplementärer Güter	61
Abbildung III-6:	Grenzrate der Substitution bei diskreter Mengenänderung	62
Abbildung III-7:	Grenzrate der Substitution und Nutzenbetrachtung.....	64
Abbildung III-8:	Indifferenzkurven des Güterbündels „Reisen/Kleidung“	67
Abbildung III-9:	Budgetgeraden eines Haushalts bei Güterpreisänderung.....	68
Abbildung III-10:	Haushaltsoptimum für zwei Güter X und Z.....	69
Abbildung III-11:	Lineare Einkommens-Konsumkurve	79
Abbildung III-12:	Nichtlineare Einkommens-Konsumkurve.....	80
Abbildung III-13a:	Einkommensabhängige Nachfrage bei relativ inferiorer Gut X ..	81
Abbildung III-13b:	Einkommensabhängige Nachfrage bei absolut inferiorer Gut X	81
Abbildung III-13c:	Einkommensabhängige Nachfrage bei superiorer Gut X	81
Abbildung III-13d:	Einkommensunabhängige Nachfrage eines Gutes X.....	81
Abbildung III-14:	Ableitung einer Nachfragefunktion bei Preisänderungen.....	83
Abbildung III-15:	Prohibitivpreis, Sättigungsmenge bei linearer Nachfrage	84
Abbildung III-16:	Substitutions- und Einkommenseffekt nach Hicks	86
Abbildung III-17:	Substitutions- und Einkommenseffekt nach Slutsky	88
Abbildung III-18:	Preisunabhängige direkte Nachfrage	90
Abbildung III-19:	Nachfragesprünge	90
Abbildung III-20:	Giffen-Gut bei Preiserhöhung.....	91
Abbildung III-21:	Giffen-Gut bei Preissenkung	93
Abbildung III-22:	Substitutions- und Einkommenseffekt von Gut X im Überblick ..	95
Abbildung III-23:	Kreuzpreinsnachfrage bei stark substitutiver Beziehung.....	96
Abbildung III-24:	Kreuzpreinsnachfrage bei schwach substitutiver Beziehung.....	97
Abbildung III-25:	Kreuzpreinsnachfrage komplementärer Güter.....	98
Abbildung III-26:	Kreuzpreinsnachfrage im Überblick.....	99
Abbildung III-27:	Mitläufereffekt	101
Abbildung III-28:	Snobeffekt.....	102
Abbildung III-29:	Veblen-Effekt	103
Abbildung III-30:	Darstellung der Punkt- und der Bogenelastizität	111
Abbildung III-31:	Vollkommen preiselastische Nachfrage	112
Abbildung III-32:	Vollkommen preisunelastische Nachfrage	112
Abbildung III-33:	Preiselastizität einer linearen Nachfragefunktion	113
Abbildung III-34:	Isoelastische, preisabhängige Nachfragekurve	114
Abbildung III-35:	Positive Kreuzpreiselastizität.....	128
Abbildung III-36:	Negative Kreuzpreiselastizität	128
Abbildung III-37:	Kreuzpreiselastizität, preisunabhängige Nachfrage.....	128
Abbildung III-38:	Einkommensneutrale Güter	131
Abbildung III-39:	Einkommensunabhängige Güter.....	131

Abbildung III-40: Absolut inferiore Güter	131
Abbildung III-41: Aggregation der preisabhängigen Nachfragefunktionen dreier Haushalte zur Marktnachfrage	140
Abbildung III-42a: Bewegungen auf der Marktnachfragefunktion	141
Abbildung III-42b: Rechtsverschiebung der Marktnachfragefunktion	141
Abbildung III-43: Bewegung auf der Marktnachfragekurve oder Verschiebungen	143
Abbildung III-44: Darstellung des zeitlichen Konsumgleichgewichts	146
Abbildung III-45: Zeitliches Konsumgleichgewicht bei Zinsvariation.....	150
Abbildung III-46: Anomale zinsabhängige Ersparnisbildung.....	151
Abbildung III-47: Erwerbgleichgewicht des Haushalts.....	153
Abbildung III-48: Erwerbgleichgewicht des Haushalts bei verändertem Lohn	156
Abbildung III-49: Arbeitsangebotsfunktion in verschiedenen Lohnbereichen	158
Abbildung III-50: Darstellung der Isoquanten einer Cobb-Douglas- Produktionsfunktion	168
Abbildung III-51: Sinkende Grenzrate der technischen Substitution.....	169
Abbildung III-52: Fallstudie zum Einfachen Ertragsgesetz (Pizzeria).....	170
Abbildung III-53: Darstellung des Ertragsgesetzes für verschiedene Faktoreinsätze	171
Abbildung III-54: Isoquanten einer limitationalen Produktionsfunktion.....	180
Abbildung III-55: Ertragsfunktion bei limitationaler Produktionsfunktion	181
Abbildung III-56: Kombination zweier Prozessstrahlen in einem Unternehmen.....	182
Abbildung III-57: Kombinationen effizienter bzw. ineffizienter Prozessstrahlen	183
Abbildung III-58: Klassisches Ertragsgesetz	185
Abbildung III-59: Arten von Skalenerträgen	187
Abbildung III-60: Schar von Isokostenlinien.....	188
Abbildung III-61: Ableitung der Minimalkostenkombination.....	190
Abbildung III-62: Vom klassischen Ertragsgesetz zur kubischen Kostenfunktion	196
Abbildung III-63: Kostenverläufe bei unterschiedlicher Skalanelastizität	197
Abbildung III-64: Linear-limitationale Produktions- und Kostenfunktionen	199
Abbildung III-65: Kostenverläufe und Gewinnmaximum bei kubischer Kostenfunktion	206
Abbildung III-66: Preisuntergrenzen	210
Abbildung III-67: Herleitung der Marktangebotsfunktion bei unterschiedlichen Kostensituationen dreier Unternehmen	218
Abbildung III-68: Ableitung der Faktornachfragekurve	225
Abbildung III-69: Produktivitätsorientierte Lohnpolitik am Fallbeispiel der Mineralwasserproduktion	227
Abbildung IV-1: Marktgleichgewicht auf dem Aktienmarkt	252
Abbildung IV-2: Entwicklung zum Marktgleichgewicht	253
Abbildung IV-3: Stabile und instabile Märkte (Walras-, Marshall-Stabilität).....	255
Abbildung IV-4: Cobweb-Modell (Cobweb-Stabilität)	257

Abbildung IV-5:	Wohlfahrtsverluste infolge (staatlicher) Mengenbeschränkungen der Produktion.....	259
Abbildung IV-6:	Verschiebung von Nachfragefunktionen	262
Abbildung IV-7:	Nachfrageverschiebung bei unterschiedlichem Angebotsverlauf.....	262
Abbildung IV-8:	Gütermarkt bei Steigerung der Arbeitskosten.....	263
Abbildung IV-9:	Erhöhung indirekter Steuern und Wohlfahrtseffekte.....	265
Abbildung IV-10:	Wohlfahrtsverluste infolge staatlicher Subventionen	268
Abbildung IV-11:	Erhebung von Zöllen und Wohlfahrtseffekte	271
Abbildung IV-12:	Höchstpreise	274
Abbildung IV-13:	Höchstpreise und Angebotsverschiebung.....	274
Abbildung IV-14:	Höchstpreise durch Einschränkung der Nachfrage.....	275
Abbildung IV-15:	Wohlfahrtseffekte von Höchstpreisen	276
Abbildung IV-16:	Entstehung von Schwarzmärkten.....	277
Abbildung IV-17:	Mindestpreise.....	278
Abbildung IV-18:	Wohlfahrtseffekte von Mindestpreisen.....	279
Abbildung IV-19:	Angebots- und Nachfragesituation auf dem Agrarmarkt.....	280
Abbildung IV-20:	EU-Mindestpreis-System der Agrarpolitik.....	281
Abbildung IV-21:	Verlauf der PAF bei unterschiedlichen Marktformen	286
Abbildung IV-22:	Marktpreisbildung bei vollständiger Konkurrenz.....	289
Abbildung IV-23:	Gewinnmaximales Verhalten im Polypol und im Monopol ...	293
Abbildung IV-24:	Preisdifferenzierung im Angebotsmonopol.....	297
Abbildung IV-25:	Kostensituation im natürlichen Monopol	304
Abbildung IV-26:	Doppelt geknickte Preis-Absatz-Funktion des monopolistischen Wettbewerbs in einer Gewinnsituation.....	308
Abbildung IV-27:	Doppelt geknickte Preis-Absatz-Funktion des monopolistischen Wettbewerbs (bei einem Gewinn = 0).....	311
Abbildung IV-28:	Geknickte Preisabsatzfunktion im weiten Oligopol	320
Abbildung IV-29:	Preisstarreheit im Oligopol.....	321
Abbildung IV-30:	Preisabsatzfunktion im engen Oligopol.....	322
Abbildung IV-31:	Fallbeispiel OPEC	324
Abbildung V-1:	Haushalte 2009 nach Einkommensklassen und Verteilung der verfügbaren Einkommen (Angaben in %).....	329
Abbildung V-2:	Internalisierung externer Effekte	340
Abbildung V-3:	Preisentwicklung für CO ₂ -Emissionsrechte (EUA).....	355

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle II-1:	Teilzeitbeschäftigte in Deutschland 2009	23
Tabelle III-1a:	Aggregation der individuellen preisabhängigen Nachfragefunktionen dreier Haushalte zur Marktnachfrage.....	138
Tabelle III-1b:	Preisabhängige individuelle Nachfragefunktionen von drei Haushalten für Gut X.....	138
Tabelle III-1c:	Aggregierte Marktnachfragefunktion NG für das Gut X.....	139
Tabelle III-2:	Daten der Isoquante einer substitutionalen Produktionsfunktion....	167
Tabelle III-3:	Die stilisierten Fakten für Deutschland (1970-2008).....	178
Tabelle III-4:	Daten der Isoquante einer limitationalen Produktionsfunktion.....	180
Tabelle III-5a:	Gewinnmaximierung auf Basis einer kubischen Kostenfunktion	205
Tabelle III-5b:	Grenzkosten-, totale und variable Durchschnittskostenfunktion .	205
Tabelle III-6:	Entwicklung von Lohnkosten je Stunde, realer Arbeits- produktivität je Stunde und nominalen Lohnstückkosten.....	234
Tabelle IV-1a:	Nachfrage auf dem Aktienmarkt.....	251
Tabelle IV-1b:	Angebot auf dem Aktienmarkt.....	251
Tabelle IV-2:	Anbieterverhalten im Polypol und im Monopol	292
Tabelle IV-3:	Preisdifferenzierung im Angebotsmonopol	298
Tabelle IV-4:	Konzentrationsmaße für den Bergbau und das Verarbeitende Gewerbe und Wirtschaftszweige in Deutschland 2006 u. 2008 ..	316

Verzeichnis der Abkürzungen und Symbole

a	Produktionselastizität des Faktors $v_1(v_A)$
A	Arbeitszeit
Abb.	Abbildung
ABS	Asset Back Securities
A(X)	Angebotsmenge des Gutes X
b	Produktionselastizität des Faktors $v_2(v_K)$
BAFÖG	Bundesausbildungsförderung
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BWL	Betriebswirtschaftslehre
C	nominaler Konsum
CD	Cobb-Douglas Produktionsfunktion
CDM	Clean Development Mechanism
CDS	Credit Default Swaps
c. p.	ceteris paribus (unter sonst gleichen Bedingungen)
CR-50	Konzentrationsrate der 50 größten UN z. B. bezüglich ihres Umsatzanteils
CR-100	Konzentrationsrate der 100 größten UN z. B. bezüglich ihres Umsatzanteiles
Δ	diskrete Veränderung
d	stetige Veränderung (Ableitung)
DK	totale Durchschnittskosten (totale Stückkosten)
DVK	variable Durchschnittskosten (variable Stückkosten)
E	Erlös
EG	Ertragsgesetz
EE	Einkommenseffekt
EEX	European Energy Exchange
$E_{K,X}, (E_K)$	Kostenelastizität (Angebotselastizität der Kosten des Gutes X)
EST	Einkommensteuer
ESVG	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
ETS	Emission Trading System
EU	Europäische Union
EUA	European Union Allowance
EVS	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
$E_{X,P(X)}$	Preiselastizität der Nachfrage des Gutes X
$E_{X,Y}$	Einkommenselastizität der Nachfrage des Gutes X
$E_{Z,P(X)}$	Kreuzpreiselastizität der Nachfrage des Gutes Z bei Preisänderungen des Gutes X
F	Freizeit (Haushaltstheorie)
F	Fixkosten (Unternehmenstheorie)
F&E	Forschung und Entwicklung
Fkt.	Funktion

$F(X)$	Produktionsfunktion
G	Gewinn
Gl.	Gleichung
HHK	Herfindahl-Hirschmann-Koeffizient (kurz: Herfindahl-Index)
IFM	Institut für Mittelstandsforschung, Bonn
I	Indifferenzkurve (Haushaltstheorie)
I	Isoquante (Unternehmenstheorie)
i. d. R.	in der Regel
JI	Joint Implementation
K	Isokostengerade
Kap.	Kapitel
$K(X)$	Gesamtkosten der Produktion von X, Kostenfunktion des Gutes X
$K'(X)$	Grenzkosten Gut X (1. Ableitung der Kostenfunktion)
KMU	kleinere und mittlere Unternehmen
λ	Grenznutzen des Geldes (Haushaltstheorie) bzw. Anzahl der Faktorpakete (Produktionstheorie)
L	Lagrangefunktion (erweiterte Nutzenfunktion)
LV	Linksverschiebung
max.	maximal; Maximum
ME	Mengeneinheiten
MWSt	Mehrwertsteuer
NGK	normierter Gini-Koeffizient
$N(X)$	Nachfrage nach Gut X
OPEC	Organization of the Petroleum Exporting Countries
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
$P(X)$	Preis des Gutes, Preis des Gutes X
$P^*(X)$	Gleichgewichtspreis
PAF	Preisabsatzfunktion
$P^{\text{proh}}(X)$	Prohibitivpreis des Gutes X
P_H	Höchstpreis
P_{Min}	Mindestpreis
P_S	Schwarzmarktpreis
PUG	Preisuntergrenze
$P(Z)$	Preis des Gutes Z
q_1	Faktorpreis des ersten Produktionsfaktors
q_2	Faktorpreis des zweiten Produktionsfaktors
q_A	Faktorpreis d. Arbeitseinsatzes, Lohnsatz
q_K	Faktorpreis Kapitaleinsatz, Kapitalnutzungskosten (Zins, Abschreibung)
r	Zinssatz
RV	Rechtsverschiebung
S	Sparen, Ersparnis (Haushaltstheorie); Subvention (Unternehmenstheorie)

SE	Substitutionseffekt
SKE	Skalenelastizität (Homogenitätsgrad; häufig: Symbol „r“)
t	Steuersatz t je Mengeneinheit eines Gutes (Mengensteuer)
U	Nutzen (utility)
UN	Unternehmen, Unternehmung
Übers.	Übersicht
v_1, v_2	erster bzw. zweiter Produktionsfaktor
v_A	Arbeitseinsatz (Input Arbeit)
v_K	Sachkapital, Kapitalstock, Kapitaleinsatz (Input Kapital)
VWL	Volkswirtschaftslehre
w	Lohnsatz (wage)
WGP	Wertgrenzprodukt
WTO	Welthandelsorganisation (World Trade Organisation)
WZ	Warenverzeichnis
X	Gut X (Haushaltstheorie); Produktionsmenge (Unternehmenstheorie)
X^*	Gleichgewichtsmenge
X^s	Sättigungsmenge
Y	Einkommen (yield)
Z	Gut Z (Haushaltstheorie); Zollsatz je Mengeneinheit

I Einführung und Aufbau

Dieses Buch hat das Ziel, die theoretischen Grundlagen ökonomischen Handelns systematisch zu erarbeiten und damit das ökonomische Rüstzeug für die vielen volks- und betriebswirtschaftlichen Fragen unseres Alltags zu vermitteln:

- Welchen Einfluss haben Veränderungen ökonomischer Rahmendaten (u. a. Güterpreise, Einkommen etc.) auf das Nachfrageverhalten der Verbraucher?
- Warum nimmt bei einigen Gütern mit steigenden Preisen die Nachfrage zu und nicht ab?
- Warum reagieren Frau Müller oder Herr Meier auf Preissteigerungen des Gutes X (z. B. Kleidung) mit einer sinkenden Nachfrage des Gutes Z (z. B. Reisen)?
- Warum sind einige Arbeitnehmer bei steigenden Löhnen bereit, mehr zu arbeiten, während andere hierauf mit einer höheren Freizeitnachfrage reagieren?
- Welche typischen Entscheidungen treffen Unternehmen?
- Wie gestalten Unternehmen den Einsatz von Produktionsfaktoren in Abhängigkeit von den Güter- und Faktorpreisen, und wie hängen Kostenentwicklungen in Unternehmen von den realen Produktionsbedingungen ab?
- Welche Bedeutung haben Güter- und Faktorpreise im marktwirtschaftlichen Koordinierungsmechanismus?
- Wie kommt es, dass auf einigen Märkten die Preisbildung keine Übereinstimmung von Güterangebot und Güternachfrage zur Folge hat und sich diese Divergenz im Zeitablauf sogar erhöht?
- Wie lässt sich der Strukturwandel in einem Sektor über die Bestimmungsgrößen der Nachfrage und des Angebots erklären?
- Welchen Einfluss haben verschiedene Marktformen wie Monopole, Oligopole oder Polypole auf die Marktpreisbildung, und wie sind diese Marktformen wettbewerbspolitisch zu beurteilen?
- Wie lassen sich bei den häufig zu beobachtenden oligopolistisch geprägten Angebotsstrukturen (z. B. in der Vergangenheit bei Mineralölgesellschaften) Preisstarrheiten erklären?
- Warum werden verschiedenen Konsumentengruppen identische Produkte zu unterschiedlichen Preisen angeboten? Warum erhalten z. B. Studierende Kinokarten preisgünstiger als andere Kinobesucher?
- Warum versagt bei der Bereitstellung öffentlicher Güter der marktwirtschaftliche Koordinierungsmechanismus und warum ist dieser auch bei einigen privaten Gütern verzerrt ausgestaltet (Marktversagen)?
- Welche zentralen Funktionen nimmt der Staat in einer Sozialen Marktwirtschaft wahr, und wie beeinflusst er die Marktergebnisse über Gebühren, Steuern, Subventionen, Zölle, Mindest- und Höchstpreise sowie andere Markteingriffe?

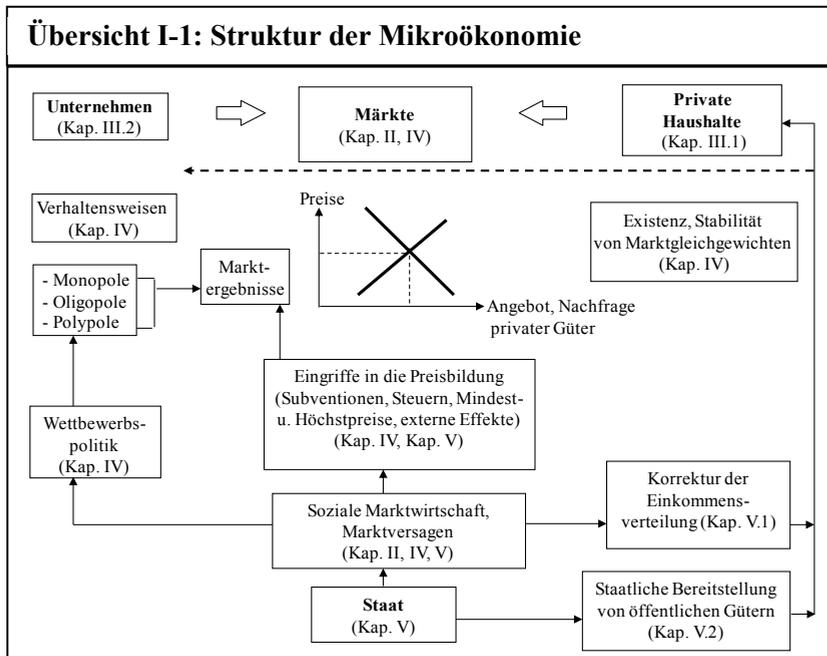
Diese Fragen machen deutlich, wie stark unser Alltag durch mikroökonomische Fragen unmittelbar geprägt wird. Kenntnisse mikroökonomischer Aspekte sind zugleich eine wichtige Voraussetzung für die Erklärung weiterführender makroökonomischer Fragen, wie z. B. das gesamtwirtschaftliche Konsum- und Investitionsverhalten von Verbrauchern und Unternehmen, die gesamtwirtschaftlichen Preisentwicklungen oder die Veränderungen des Arbeitsangebots oder der Arbeitsnachfrage. Die Mikroökonomie ist zudem Grundlage für das Verständnis betriebswirtschaftlicher Optimierungsprozesse: Zu nennen sind nur beispielhaft die Analyse des Konsumentenverhaltens und der Märkte im Marketing, das Kostencontrolling, die Wirkung von Steuern, Subventionen sowie Umweltabgaben auf die Entscheidungen von Wirtschaftseinheiten und die Integration marktwirtschaftlicher Koordinierungsinstrumenten in dezentrale Optimierungsprozesse von Unternehmen (z. B. Zertifikate).

Inhaltlich stellt das Buch die grundlegenden Zusammenhänge zwischen Haushalts-, Unternehmens-, Preis- und Markttheorie für Güter- und Faktormärkte dar und erläutert die Bedeutung des Staates für eine funktionierende Soziale Marktwirtschaft. Jedem dieser mikroökonomischen Bausteine ist ein eigener Abschnitt gewidmet, wobei die theoretischen Aspekte verbal und formal in ihrer Struktur eingehend beleuchtet und anhand konkreter Beispiele erläutert werden (vgl. auch Übersicht I-1). Zu Anfang werden im **Kapitel II** die wichtigsten **mikroökonomischen Begriffe und Methoden** vorgestellt. Ausgehend vom Begriff des „**Wirtschaftens**“ und der Beschreibung der grundlegenden Zielsetzungen und Verhaltensweisen der beteiligten Wirtschaftsakteure („homo oeconomicus“) vermittelt das Buch einen ersten Überblick über die Ziele, die Bedingungen und die Funktionsweise der Sozialen Marktwirtschaft sowie ihre Abgrenzung von der Zentralverwaltungswirtschaft. Das Grundgerüst begrifflicher Erstausrüstung wird schließlich durch die Erörterung einiger wissenschaftstheoretischer Begriffe und Wissenschaftsmethoden sowie die Abgrenzung der Mikro- von der Makroökonomie vervollständigt. Neu aufgenommen in das Buch wurde ein kurzes Kapitel I.5 zur Spieltheorie, das die Bedeutung strategischer Entscheidungen für ökonomische Fragen überblickartig aufzeigt.

Gegenstand des **Kapitels III.1** ist die Beschreibung der Zielsetzungen, Entscheidungen und Rahmenbedingungen **Privater Haushalte**. Ausgehend von ihren Bedürfnissen fragen Haushalte als Konsumenten Güter in Abhängigkeit von Einkommen und Preisen nach und bieten Arbeit an. Zudem stellen sie über ihre Ersparnisbildung anderen Marktteilnehmern Kapital zur Verfügung (in Form von finanziellen Mitteln oder durch Verzicht auf reale Güter). Gegenstand der Haushaltstheorie ist dabei vor allem die Frage, wie die Optimalitätsbedingungen für die verschiedenen Haushaltsentscheidungen aussehen und wie sich das optimale Haushaltsverhalten über Funktionen und Kenngrößen beschreiben lässt.

Das **Kapitel III.2** stellt Ziele, produktionstheoretische Rahmenbedingungen und Entscheidungen der **Unternehmen** dar: In Abhängigkeit von Kosten- und/oder Gewinnspekten sowie unter Einbeziehung anderer Ziele bestimmen Unternehmen die optimale Produktionsmenge der Güter (Güterangebot) und die optimale Arbeits- bzw. Kapitalnachfrage (Investition). Weitere wichtige Elemente dieses Kapitels be-

treffen produktions- und kostentheoretische Begriffe, die Spiegelbildlichkeit (Dualität) von Produktions- und Kostensituationen, die theoretische und empirische Darstellung der Lohnstückkosten als zentrales Element der nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und die Quantifizierung der Ergebnisse des Güterangebots und der Güternachfrage in Angebots- und Nachfragefunktionen.



Die Koordination der Nachfrage- und Angebotsentscheidungen von Haushalten und Unternehmen erfolgt auf **Märkten** und wird im **Kapitel IV** erörtert. Die Koordinierung der marktwirtschaftlichen Anpassungssysteme erfolgt über Marktpreise für Güter, Faktoren und Rohstoffe und setzt einen funktionierenden Wettbewerb voraus. Einfluss auf die Marktergebnisse nehmen u. a. verschiedenartige Preisanpassungssysteme und unterschiedliche Marktformen. Auch staatliche Instrumente wie Subventionen, Steuern, Zölle oder Mindest- und Höchstpreise können das Marktergebnis in größerem Umfang beeinflussen. Während die Preisanpassungssysteme maßgeblich durch die Preiselastizitäten auf der Angebots- und Nachfrageseite und durch die Art der gehandelten Güter geprägt werden, hängt die Marktform vor allem von der Zahl der Marktteilnehmer und der qualitativen Vollkommenheit des Marktes ab (Transparenz, Präferenzen, Reaktionsgeschwindigkeit etc.). Die Marktform des homogenen Polypols ist als extreme Marktform durch viele Marktteilnehmer, einen vollkommenen Markt und einen für den einzelnen Anbieter fest vorgegebenen Angebotspreis gekennzeichnet. Sie lässt sich als idealtypisches Referenzmuster auffassen, dessen Modifikation praxisnähere Marktformen – wie die monopolistische Konkurrenz, Oligopole auf unvollkommenen Märkten oder Monopole – hervorbringt. In diesem Zusammenhang interessiert auch das Verhalten von sogenannten

natürlichen Monopolen, die vor allem in der Kommunikations-, Versorgungs- oder Entsorgungsindustrie aufgrund hoher leitungsgebundener Fixkosten besondere Marktmacht aufweisen und den Wettbewerb einschränken oder verhindern. Wie lassen sich unter diesen speziellen Rahmenbedingungen marktwirtschaftliche, wohlfahrtssteigernde Lösungen entwickeln? Schließlich werden verschiedene Verhaltensstrategien in oligopolistisch geprägten Marktstrukturen vorgestellt und die Unternehmenskonzentration für Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland anhand von Konzentrationsmaßen empirisch untersucht.

Das letzte **Kapitel V** des Buches zeigt auf, dass Märkte nicht zwangsläufig zu Ergebnissen führen, die den jeweiligen gesellschaftlich-normativen Vorstellungen entsprechen. Auf den Märkten kann es aus verschiedenen Gründen zu nicht-optimalen Güter- und Faktorentscheidungen kommen: So kann der Wettbewerb der Marktteilnehmer unzureichend ausgebildet sein, bei der Produktion oder dem Konsum von Gütern können sogenannte externe Effekte auftreten (z. B. Umweltverschmutzung) und der kostenlose Zugang zu „freien oder gesellschaftlichen Gütern“ (z. B. Fische im Meer) kann eine exzessive Nutzung zur Folge haben. Auch können asymmetrische Informationen die Marktergebnisse verzerren (z. B. auf Gebrauchtwagenmärkten oder aktuell auf Geldmärkten, etc.). Bei öffentlichen Gütern (z. B. Landesverteidigung) lässt ein Trittbrettfahrerverhalten keine private Zahlungsbereitschaft entstehen und verhindert somit eine marktwirtschaftlich organisierte Bereitstellung dieser Güter. Diese ineffizienten Marktergebnisse werden auch als „**Marktmängel**“ oder gar als „**Marktversagen**“ bezeichnet. Durch staatliche Eingriffe in die Güter- und Faktorallokation sollen diese Mängel möglichst verhindert werden.

Staatliche Eingriffe zur Beseitigung von Marktmängeln oder zu Bereitstellung öffentlicher Güter werden mit dem Begriff „**allokative Staatstätigkeit**“ (**Allokationspolitik**) umschrieben. Darüber hinaus greift der Staat aber auch aus verteilungspolitischen Gründen in die Marktgeschehnisse ein (z. B. über eine progressive Einkommensteuer), um die Verteilungswirkungen des marktwirtschaftlichen Systems zugunsten einer als „gerecht“ oder „gerechter“ empfundenen Verteilung zu korrigieren (**distributive Staatstätigkeit**). Marktwirtschaften sind nicht zwangsläufig stabil, und der Preismechanismus ist nicht immer ausreichend oder schnell genug in der Lage, bestehende **Instabilitäten der wirtschaftlichen Entwicklung** und damit verbundene Probleme (z. B. Arbeitslosigkeit, Inflation, wirtschaftliche Stagnation) zu beseitigen. Es stellt sich daher die Frage, ob und wie der Staat zur **Stabilisierung** der wirtschaftlichen Entwicklung beitragen kann. Soweit die Stabilisierung durch verbesserte marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen erreicht werden kann, ließe sich diese Politikaufgabe der Allokationspolitik zuordnen. Eng verbunden hiermit verbleibt jener Teil der Stabilisierungspolitik, der insbesondere auf eine Stabilisierung der Nachfrage abzielt. Dieser ist zwar umstritten, wird aber zusammen mit der allokativ ausgerichteten Stabilisierungspolitik im Rahmen der makroökonomischen Theorie behandelt. Hier legt die mikroökonomische Gedankenwelt wichtige Grundlagen für das Verständnis makroökonomischer Zusammenhänge.

II Gegenstand der mikroökonomischen Theorie

1 Aspekte des Wirtschaftens

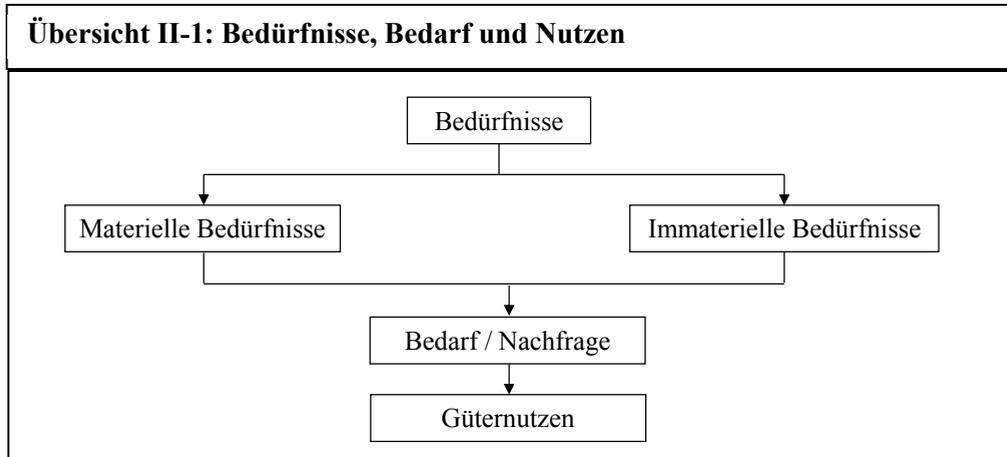
Das **grundlegende ökonomische Problem** aller Gesellschaften resultiert aus der Diskrepanz zwischen den Bedürfnissen der Menschen und den zur Befriedigung dieser Bedürfnisse nur begrenzt zur Verfügung stehenden Mitteln, d. h. der **Knappheit** von Gütern bzw. Ressourcen. In den Wirtschaftswissenschaften wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass die **Bedürfnisse** der Menschen unbegrenzt sind, wobei die Bedürfnisse auf verschiedenen Bedürfnisebenen² auftreten können. Während die untere Ebene die physiologischen oder materiellen Bedürfnisse anspricht, betreffen die weiteren Ebenen die abstrakten oder immateriellen Bedürfnisse wie Sicherheit, Zugehörigkeit, Anerkennung etc. Ökonomisch relevant werden diese Bedürfnisse aber nur, wenn sie sich in einer konkreten Nachfrage nach Gütern (materielle oder immaterielle) niederschlagen (= **Bedarf**, vgl. Übersicht II-1). Soweit Bedürfnisse aufgrund fehlender Kaufkraft – d. h. unzureichendem Einkommen – nicht realisiert werden können, sind sie in der Regel auch nicht Gegenstand der ökonomischen Analyse. Handelt es sich bei dem Bedarf um eine durch den Staat geäußerte Nachfrage, wird von Kollektivbedarf gesprochen. Demgegenüber stellt die von Privaten Haushalten geäußerte Nachfrage einen Individualbedarf dar. Gleichwohl kann diese Unterscheidung letztlich nur die Art der Organisation und Bereitstellung beschreiben, da auch der Kollektivbedarf Individuen zugute kommt. Wird durch eine konkrete Nachfrage der Bedarf realisiert, so entsteht hieraus ein individueller, subjektiv empfundener Güternutzen bei den Nachfragern (Konsumenten). Die Quantifizierung dieses Nutzens und seine Vergleichbarkeit bei verschiedenen Konsumenten werfen allerdings Probleme auf, wie im weiteren Verlauf noch näher ausgeführt wird.

Güter müssen durch den Einsatz der Produktionsfaktoren wie Arbeit, Sachkapital und Boden (Ressourcen) von produzierenden Einheiten, den Unternehmen (Produzenten), erstellt werden. Die Begrenztheit der Produktionsfaktoren bzw. der Gütermengen und die grundsätzliche Unbegrenztheit der Bedürfnisse macht es erforderlich, bei der Bereitstellung und dem Verbrauch (Konsum) der Güter zu wirtschaften. Hierbei kommt das **ökonomische Prinzip** zur Anwendung. Es besagt, dass

- entweder ein **bestimmter Output** bzw. **ein bestimmtes Ziel** (z. B. Nutzen eines Konsumenten, erzeugte Gütermengen eines Produzenten) mit **minimalem Mitteleinsatz** (z. B. Ausgaben eines Konsumenten bzw. Produktionskosten eines Unternehmens) zu realisieren ist (Minimal- oder auch Minimierungsprinzip)

² Zur Beschreibung der Bedürfnispyramide des amerikanischen Psychologen Abraham Maslow vgl. z. B. Brösse, U.: Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Mikroökonomie, 3. Auflage, München 1999, S. 25 ff. sowie die dort angeführte Literatur.

- oder mit **gegebenem Mitteleinsatz** (Ausgaben bzw. Produktionskosten) ein **möglichst hoher Zielerreichungsgrad** (Nutzen bzw. produzierte Gütermengen) anzustreben ist (Maximalprinzip).³



Die Realisierung des ökonomischen Prinzips setzt voraus, dass jedes Wirtschafts- subjekt ein **Eigeninteresse** verfolgt und sich dabei als rational handelnder Mensch, d. h. als „**homo oeconomicus**“ verhält. Die Individuen entscheiden sich unter Abwägung der ihnen **frei verfügbaren** ökonomischen **Handlungsalternativen** (Existenz von Konsumenten- und Produzentensouveränität) bei **vorgegebenen Präferenzen** für diejenige Güter- oder Faktorkombination, die dem ökonomischen Prinzip am besten Rechnung trägt. Dass Entscheidungsträger sich in jeder Situation als „homo oeconomicus“ verhalten, dürfte in der Realität aufgrund der Komplexität der Datensituation kaum realisierbar sein. Vielmehr wird unterstellt, dass sich die Wirtschaftsteilnehmer längerfristig und im Durchschnitt ihrer Entscheidungen am Leitbild des „homo oeconomicus“ ausrichten.⁴ Irrationale Entscheidungen zeigen sich u. a. in Impulskäufen, unüberlegten emotionalen Entscheidungen oder unsicheren Entscheidungen. Insbesondere die Finanz- und Wirtschaftskrisen der letzten Jahre machen deutlich, dass überzogene Erwartungen, unzureichende **Informationen** und kurzfristiges Denken den ökonomischen Alltag prägen, nicht aber rationale Entscheidungen.⁵ Um dem Problem der „begrenzten Rationalität“ bei zieloptimieren-

³ Unsinnig ist eine Formulierung des ökonomischen Prinzips dergestalt, beide Varianten der Minimal- und Maximalstrategie gleichzeitig verfolgen zu wollen.

⁴ Zu einer pragmatischen Einschätzung der Bedeutung der Annahme des „homo oeconomicus“ in den Wirtschaftswissenschaften vgl. auch Endres, Alfred: Moderne Mikroökonomik – erklärt in einer einzigen Nacht, München, Wien, 2000, S. 9 ff.

⁵ Eine übersichtliche Auseinandersetzung mit der Annahme des „homo oeconomicus“ im Zusammenhang mit Finanzentscheidungen findet sich in einer Studie der Deutschen Bank Research. Vgl. hierzu: Schneider, S.: Homo Oeconomicus oder doch eher Homer Simpson, Hrsg.: Deutsche Bank Research, 2010 (Im Folgenden zitiert als: DB-Research,

dem Verhalten zu entsprechen, wurde bereits früh in den 55er Jahren des letzten Jahrhunderts vom US-amerikanischen Wirtschaftsforscher Herbert Alexander Simon⁶ der Ansatz des „bounded rationality“, d. h. der „begrenzten oder beschränkten Rationalität“ entwickelt. Dieser Ansatz unterstellt, dass Wirtschaftseinheiten aufgrund der bestehenden Unsicherheit und der unzureichenden Informationen letztlich nur eingegrenzt optimale Entscheidungen treffen können.

In den letzten 20 Jahren wurden immer wieder verschiedene Nobelpreise für Wirtschaft an Ökonomen vergeben, die sich darum verdient gemacht haben, ökonomisches Handeln bei unzureichender Rationalität zu beleuchten. Zu nennen sind hier vor allem die Vertreter der **Spieltheorie**, der **Verhaltensökonomik** („behavioral economics“) und der **Institutionenökonomik**. Sie haben neuere mikroökonomische Ansätze hervorgebracht, die die klassische Mikroökonomie ergänzen oder an ihre Stelle treten.

Die Vertreter der **Spieltheorie**⁷ versuchen, strategische Interaktionen von Marktteilnehmern systematisch auszuwerten und aufzuzeigen, welche Ergebnisse sich in typischen Situationen eines abgestimmten oder nicht abgestimmten Verhaltens von Akteuren bei sicherer oder unsicherer Information einstellen können. So sind 1994 der US-amerikanische Ökonom John Nash, der ungarisch-amerikanische Ökonom John Harsanyi und der deutsche Ökonom Reinhard Selten für ihre wegweisenden Erkenntnisse auf dem Gebiet der Spieltheorie mit dem Nobelpreis für Wirtschaft geehrt worden.⁸

Die Vertreter der **Verhaltensökonomik** zeigen in psychologisch fundierten ökonomischen Ansätzen und Experimenten auf, dass Entscheidungen über ökonomische Handlungsalternativen häufig aufgrund einfacher Heuristiken (Daumenregeln auf Basis subjektiver Erfahrungen und bewährter Verhaltensweisen) zustande kommen⁹ oder das Ergebnis von unvernünftigem Massenverhalten sind (z. B. Kaufentscheidungen an der Börse). So konnte in Experimenten aufgezeigt werden, dass Käufer

Homo oeconomicus). Zur Thematik vgl. auch: Kaiser, T.: Homo oeconomicus – oder Homer Simpson?, in: Welt am Sonntag, Nr. 42, 16.10.2011, S. 36-37.

⁶ Simon, H.-A.: Theories of decision making in economics and behavioral science, in: American Economic Review, Bd. 49, 6/1959, Nr. 3, S. 253 - 283.

⁷ Zur Spieltheorie vgl. die Ausführungen in Kapitel II.5.

⁸ John Charles Harsanyi und Reinhard Selten (als der bisher einzige deutsche Wirtschaftsnobelpreisträger) haben dabei u. a. Situationen einer unvollständigen Informationslage oder einer unzureichenden Informationsverarbeitung dargestellt. Selten unterstellt dabei sein „Konzept der begrenzten Rationalität“. Vgl. hierzu u. a.: Hanke, T.: Spielend zum Nobelpreis, in: Handelsblatt vom 27.8.2004; vgl. auch: Müller, A.: Vom Außenseiter zum Nobelpreisträger, in: Handelsblatt vom 4.10.2010; vgl. auch Kapitel II.5.

⁹ Im Jahre 2002 sind der Wirtschaftspsychologe Daniel Kahnemann und der Ökonom Vernon L. Smith mit dem Nobelpreis für Wirtschaft für ihre Forschungen auf dem Gebiet der Verhaltensökonomik geehrt worden.

von Produkten bei ihren Kaufentscheidungen häufig nur eine begrenzte Anzahl von Angeboten prüfen. Dies kann von Marketingstrategen dazu genutzt werden, durch eine gezielte Auswahl von präsentierten Produkten die Vorteile des eigenen Produkts in den Vordergrund zu rücken und damit die Konkurrenz besserer, aber nicht näher präsentierter Alternativen auszuschalten. Auch wenn sich vorübergehend die Entscheidungen auf Basis begrenzter Informationen als fehlerhaft und damit suboptimal erweisen sollten, können die betroffenen Wirtschaftssubjekte dennoch daraus lernen und zukünftig bessere Entscheidungen treffen.

Mit fehlenden oder unzureichenden Informationen lässt sich Marktversagen, d. h. das Zusammenbrechen eines Marktes begründen. So hat George Akerlof mit seiner berühmt gewordenen „**Zitronentheorie**“ (lemon-effect) aufgezeigt, dass asymmetrische Informationsdefizite zu systematischen Fehlentscheidungen führen können.¹⁰

Im Rahmen der **Institutionenökonomik** werden unter Institutionen strukturierte Regelungen und institutionalisierte Abstimmungsmechanismen verstanden, die bei gemeinschaftlichem Wirtschaften zu beachten sind. So haben sich Ronald Coase (Wirtschaftsnobelpreisträger 1991) und Oliver Williamson (Wirtschaftsnobelpreisträger 2009) bereits früh mit Fragen der Institutionenökonomik befasst.¹¹ In ihrem „Transaktionskostenansatz“ zeigten sie auf, dass Unternehmen aufgrund der Informations- und Transaktionskosten ihre wirtschaftlichen Fragestellungen intern regeln und nicht an andere Industrie- oder Dienstleistungsunternehmen delegieren.

Weitere Ursachen für eine im ersten Moment als „irrational“ angesehene Entscheidung können Gerechtigkeitsvorstellungen, Erwartungen oder andere immaterielle Aspekte sein. Dies soll im Folgenden an einem kurzen Fallbeispiel näher erläutert werden.

Fallbeispiel Gerechtigkeit:

Vermeintliche ökonomisch irrationale Entscheidungen aufgrund von Erwartungen oder Gerechtigkeitsdefiziten lassen sich anhand des folgenden einfachen Beispiels aufzeigen: Ein wohlwollender Mensch beabsichtigt, an zwei Gruppen von Personen eine bestimmte Anzahl von Ein-Euromünzen auf folgende Weise zu verschenken: Er überträgt der ersten Gruppe die Münzen und teilt dieser Gruppe mit, dass sie diejenigen Münzen behalten kann, die sie nicht an die zweite Gruppe weiterreicht, sofern die zweite Gruppe ihrerseits den Teilungsvorschlag akzeptiert. Grundsätzlich müsste die zweite Gruppe mit jeder Schenkung einverstanden sein, selbst dann, wenn sie geringfügig ausfällt. Denn mit jeder kleinsten Schenkung würde sich die Situation der zweiten Gruppe verbessern. Allerdings könnte die zweite Gruppe eine bestimmte Erwartungshaltung über die Höhe der Schenkung haben und die tatsächli-

¹⁰ Vgl. hierzu Kapitel V.4, Marktversagen bei asymmetrischen Informationen. George Akerlof hat im Jahr 2001 zusammen mit Joseph Stiglitz und Michel Spence den Nobelpreis für Wirtschaft erhalten.

¹¹ Beide Nobelpreisträger gelten daher als Mitbegründer der Institutionenökonomik.

che Schenkung an diesem Erwartungswert messen. Liegt der tatsächliche Wert der Schenkung unterhalb des erwarteten Wertes, so würde die zweite Gruppe die Schenkung ablehnen, da sie diese als ungerecht empfinden wird. Aus Sicht eines externen Beobachters, der nur die tatsächliche Schenkung sieht, wirkt dieses Verhalten unökonomisch, nicht aber auf der Ebene der Erwartungen. Hier zeigt sich, dass Erwartungswerte oder Gerechtigkeitsvorstellungen und nicht nur tatsächlich beobachtbare materielle Aspekte in das Entscheidungskalkül zu integrieren sind. Letztlich ist entscheidend, wie umfassend der Begriff „ökonomische Rationalität“ verstanden wird. Je mehr Erwartungen oder immaterielle Aspekte wie „Gerechtigkeit“, „emotionale Betroffenheit“ in der Entscheidungsfindung berücksichtigt werden, umso mehr dürfte das Verhalten als rational empfunden werden.

Auch wenn derartige irrationale Verhaltensweisen eine wichtige Rolle im ökonomischen Alltag spielen, sei im Folgenden überwiegend von der Annahme des „homo oeconomicus“ ausgegangen. Damit wird unterstellt, dass zwar nicht jede einzelne Entscheidung, dafür aber der Durchschnitt der Entscheidungen vieler Wirtschaftseinheiten tendenziell dem ökonomischen Prinzip entsprechen. Unter Einbeziehung der Marginalanalyse erlaubt es diese Hypothese, auf einfache Weise optimale Handlungsentscheidungen von Wirtschaftseinheiten zu analysieren. Inzwischen wurden mit Christopher Sims und insbesondere Thomas Sargent zwei Persönlichkeiten mit dem Nobelpreis für Wirtschaft 2011 geehrt, die in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts den „homo oeconomicus“ ganz in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen gestellt haben. Sargent gilt als Mitbegründer der neuen klassischen Makroökonomie und als ein Verfechter der Theorie der „rationalen Erwartungen“. Diese Theorie geht davon aus, dass Wirtschaftsteilnehmer rational die Folgen geld- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen analysieren und entsprechend reagieren (z. B. mit einer höheren Sparquote, wenn sie aufgrund eines Konjunkturprogramms höhere Steuerbelastungen in der Zukunft befürchten). Sims und Sargent konnten aufgrund ihrer statistischen Untersuchungen nachweisen, dass geld- und fiskalpolitische Maßnahmen insbesondere dann Wirkung zeigten, wenn die politischen Maßnahmen überraschend eingeleitet und von den Wirtschaftsteilnehmern nicht erwartet wurden. U. a. haben sie in ihren Studien zeigen können, dass geldpolitische Maßnahmen nachhaltige Veränderungen des Wirtschaftswachstums in den USA zur Folge hatten und nicht umgekehrt die Geldpolitik lediglich als Reflex auf die wirtschaftliche Entwicklung zu sehen war.

Auf der Basis der bisherigen Ausführungen wird deutlich, dass **Wirtschaften** wie folgt definiert werden kann: Wirtschaften stellt eine

- **planvolle** menschliche Tätigkeit dar, mit dem Ziel,
- den Grad der **Bedürfnisbefriedigung** zu **maximieren**
- und mit **knappen Gütern / Ressourcen** effizient umzugehen.

Damit muss jede soziale Wirtschaftsordnung folgende Aufgaben lösen¹²:

- **Was** (welches Gut X) soll in welchen Gütermengen produziert werden?
- **Wie**, d. h. mit welcher Technologie und unter Einsatz welcher Inputs (Produktionsfaktoren) soll produziert werden?
- **Für wen** (Individuum A oder Individuum B etc.) soll produziert werden?

Im folgenden Kapitel soll aufgezeigt werden, wie diese zentralen Fragen des Wirtschaftens in den typischen Wirtschaftsordnungen der Sozialen Marktwirtschaft und der Zentralverwaltungswirtschaft organisiert werden.

¹² Es handelt sich dabei um die gleichen Grundfragen des Wirtschaftens, denen sich auch Robinson Crusoe, der Schiffbrüchige in dem berühmten, gleichnamigen Abenteuerroman von Daniel Defoe alltäglich in der sogenannten „Robinson-Wirtschaft“ bzw. in der „Robinson-Freitag-Wirtschaft“ stellen muss. Nachdem der auf einer einsamen Insel gestrandete Robinson Crusoe zunächst für sich alleine wirtschaften muss, tritt er nach dem Zusammentreffen mit „Freitag“ in ein arbeitsteiliges Wirtschaften ein und muss dabei sowohl Aspekte des Konsums als auch der Produktion beachten.

2 Das Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft (Überblick)

2.1 Rahmenbedingungen der Sozialen Marktwirtschaft

Eine soziale Gemeinschaft kann die oben angeführten wirtschaftlichen Handlungserfordernisse nicht ständig neu regeln, sondern die ökonomischen Abstimmungsprozesse müssen grundsätzlich durch eine **Wirtschaftsordnung**, d. h. durch ein System von prinzipiellen Regelungen definiert werden. In Anlehnung an **Walter Eucken** (1891 – 1950), der in den 30er Jahren die sogenannte Freiburger Schule bildete und als Gründer der Sozialen Marktwirtschaft gilt, lassen sich sogenannte „**idealtypische**“ bzw. „**realtypische**“ **Wirtschaftsordnungen** unterscheiden. Durch Hervorhebung aller wichtigen grundsätzlichen Eigenschaften und Verzicht auf spezielle Details leitet sich der Idealtypus einer Wirtschaftsordnung ab. Idealtypische Wirtschaftsordnungen werden auch als Wirtschaftssysteme¹³ bezeichnet. **Die realtypische Wirtschaftsordnung ist dann die konkrete Ausprägung einer idealtypischen Wirtschaftsordnung und kann vom Idealtypus mehr oder weniger abweichen.** Grundsätzlich lassen sich zwei idealtypische Wirtschaftsordnungen, d. h. Wirtschaftssysteme unterscheiden, nämlich die **Marktwirtschaft (bzw. die Soziale Marktwirtschaft)** und die **Zentralverwaltungswirtschaft**. Diese beiden Wirtschaftssysteme sollen im Folgenden kurz überblickartig vorgestellt werden.¹⁴

Bei der **Marktwirtschaft** treffen die vielen Marktteilnehmer (Private Haushalte, Unternehmen, Staat, etc.), die auch als Wirtschaftseinheiten (Wirtschaftssubjekte) bezeichnet werden, ihre Entscheidungen dezentral auf Märkten. Die Koordinierung ihrer Entscheidungen erfolgt über Preise, soweit diese nicht über bürokratische Zuweisungen bzw. Eingriffe staatlich reglementiert sind (z. B. Subventionen, staatlich verordnete Höchst- und Mindestpreise oder sonstige, staatlich festgelegte Preise). Der „**Markt**“ ist allgemein definiert als ein (abstrakter oder real existierender) Ort, an dem Angebot und Nachfrage der Marktteilnehmer nach einem bestimmten Gut bzw. einem bestimmten Produktionsfaktor zusammentreffen.

Als **Private Haushalte** werden jene Wirtschaftseinheiten bezeichnet, die zielorientiert (i. d. R. nutzenmaximierend) folgende **Entscheidungen** treffen:

¹³ Zu den Begriffen „Wirtschaftsordnung“ und „Wirtschaftssystem“ vgl. auch Grosseckler, H.; Hadamitzky, A.; Lorenz, C.: Volkswirtschaftslehre, Konstanz 2005, S. 102 ff.

¹⁴ Zu einer Vertiefung der begrifflichen Abgrenzung vgl. auch Behrens, C.-U.; Kirspel, M.: Grundlagen der Volkswirtschaftslehre, a. a. O., S. 132 ff.

- Aufteilung ihres täglichen Zeitbudget in ein **Arbeitsangebot** oder eine **Freizeitnachfrage**, um mit dem daraus entstehenden Arbeitseinkommen oder mit ihrem Kapitaleinkommen oder durch Abbau ihrer Ersparnisse oder auf Kredit
- knappe **Güter** unter Wahrung der Konsumentensouveränität **nachzufragen** und eine nutzenmaximierende Konsumstruktur der Güter zu realisieren oder
- in der laufenden Periode zu **sparen**, um sich zukünftig weitere Konsummöglichkeiten zu erschließen.

Den Privaten Haushalten stehen die Produzenten der Güter gegenüber, die als selbstständige **Unternehmen** zielorientiert (z. B. gewinnmaximierend)

- **Güter produzieren**, die von den anderen Marktteilnehmern (Private Haushalte, andere Unternehmen, Staat, Wirtschaftsteilnehmer aus dem Ausland) nachgefragt werden und
- zur Produktion dieser Güter **Produktionsfaktoren** (z. B. Boden, Arbeit, Kapital) etc. **einsetzen** (Nachfrage nach Arbeitskräfte und Sachkapital = Investitionsgüter).

Die **Angebots- und Nachfrageentscheidungen** der **Haushalte** und **Unternehmen** treffen auf Güter- und Faktormärkten zusammen und werden über Marktpreise koordiniert (z. B. **Preisbildung** für Waren- und Dienstleistungen sowie für Produktionsfaktoren wie Arbeit, Boden, Kapital und Energie). Der **marktwirtschaftliche Koordinierungsprozess über Preise** lässt sich für den Faktor- oder Gütermarkt wie folgt beschreiben (vereinfachend werden im Folgenden nur Private Haushalte und Unternehmen betrachtet): Die Unternehmen versuchen vor dem Hintergrund einer zunächst vorgegebenen Produktionstechnologie, vorgegebener Faktorpreise und bestehender Nachfragewünsche der Verbraucher die Entscheidungen über das „**Was**“ und „**Wie**“ der Produktion so zu treffen, dass ihre Unternehmensziele (z. B. Gewinne) möglichst gut erreicht werden. Idealtypisch werden Unternehmen daher genau die Güter anbieten, die den höchsten Gewinn (hier als Ziel unterstellt) versprechen. Dies sind die Güter, die — gemessen an den zusätzlichen Kosten — den höchsten Preis erzielen. Dies sind aber gleichzeitig diejenigen Güter, die bei den Privaten Haushalten eine hohe Zahlungsbereitschaft als Indikator des entstandenen Nutzens zum Ausdruck bringen.

Die Zahlungsbereitschaft der Haushalte und der Nutzen, der von den Gütern ausgeht, werden auch durch die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Haushalte geprägt. Liegt in einer Volkswirtschaft eine sehr ungleiche personelle Vermögens- und/oder Einkommensverteilung vor (zur Vermögens- und Einkommensverteilung in Deutschland vgl. das Kapitel V „Marktversagen und die Rolle des Staates“), so können einige wenige einkommens- oder vermögensstarke Nachfrager hohe Güterpreise finanzieren und damit die Güterstruktur maßgeblich in ihrem Sinne prägen. Das Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft geht überwiegend von der Vorstellung aus, dass über die Maximierung des individuellen Nutzens auch der Nutzen al-

ler Individuen zunimmt. Allerdings kann ein marktwirtschaftliches System lediglich eine effiziente Allokation von Ressourcen bei der jeweils vorherrschenden Einkommens- und Vermögensverteilung sicherstellen. Ob jemand in den Genuss der knappen Ressourcen einer Volkswirtschaft gelangt, hängt neben der durch den Marktprozess beeinflussten Einkommensverteilung entscheidend von der anfänglichen Vermögensausstattung der Wirtschaftsteilnehmer ab. Aufgabe des Staates ist es u. a., über Umverteilungsmaßnahmen die von der Gesellschaft als akzeptabel angesehene Einkommens- bzw. Vermögensverteilung der Bevölkerung sicherzustellen (Distributionsaufgabe des Staates).

Die bisherigen Ausführungen haben gezeigt, dass die Entscheidungen der Privaten Haushalte und der Unternehmen über den Lenkungsmechanismus der Marktpreise im Sinne des ökonomischen Prinzips koordiniert werden. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass in einer Marktwirtschaft nicht nur das optimale Güterangebot zu bestimmen ist („Was“-Frage), sondern darüber hinaus auch zu klären ist, wie ein bestimmtes Gut produziert wird, d. h. welche Produktionsfaktoren zum Einsatz kommen („Wie“-Frage). Ausgehend von den bestehenden Faktorpreisen und den Faktorproduktivitäten, d. h. dem Verhältnis von produzierter Gütermenge und Faktoreinsatz, werden die Unternehmen die Produktion so gestalten, dass jede beliebig angestrebte Produktionsmenge mit den geringsten Kosten erzeugt wird. Dies bedeutet, dass für die Güterproduktion die Produktivitäten und die Preise der eingesetzten Faktoren aufeinander abzustimmen sind. Grundsätzlich werden diejenigen Faktoren eingesetzt, die gemessen an den Produktivitäten der Faktoren am preiswertesten sind. Ist z. B. der eingesetzte Faktor „Produktionskapital“¹⁵ je Stunde doppelt so teuer wie der Faktor Arbeit, so wird Produktionskapital nur dann im Produktionsprozess eingesetzt, wenn es auch doppelt so produktiv wie der Faktor Arbeit ist. Dies lässt sich am Beispiel eines Gartenbauunternehmens aufzeigen, das Bäume unter Einsatz von Arbeit und Produktionskapital (z. B. Schaufel, Schubkarre, Bagger etc.) pflanzen möchte. Hierzu kann das Unternehmen die Bäume arbeitsintensiv pflanzen, indem es hauptsächlich Arbeitskräfte mit Schaufeln einsetzt oder es kann kapitalintensiv vorgehen, indem z. B. ein Bagger mit Fahrer zum Einsatz kommt. Solange der Bagger in der Stunde doppelt so teuer ist wie eine Arbeitskraft, wird das Unternehmen den Bagger nur dann einsetzen, wenn die Produktivität des Baggers mindestens auch doppelt so hoch ist wie die Produktivität der Arbeitskraft. Durch den Vergleich von Produktivität und Preis der Produktionsfaktoren wird sichergestellt, dass das Unternehmen je Produktionseinheit die geringsten Kosten verursacht (Minimierungsprinzip) bzw. mit seinen verfügbaren Produktionsfaktoren eine maximale Produktionsmenge erzielt (Maximalprinzip). Dieses effiziente Wirtschaften

¹⁵ Hier und im Folgenden ist zwischen den Begriffen „Finanzkapital“ und „Produktionskapital“ zu unterscheiden. Unter Produktionskapital werden Produktionsmittel wie Maschinen und Ausrüstungen sowie Bauten verstanden, die im Produktionsprozess eingesetzt werden. Im Rahmen der Mikroökonomie ist der Begriff „Kapital“ überwiegend im Sinne von Produktionskapital und nicht Finanzkapital (langfristige, finanzielle Mittel wie z. B. Kredite, Wertpapieranlagen etc.) zu verstehen.

stellt zugleich in der Volkswirtschaft sicher, dass knappe Produktionsfaktoren dort eingesetzt werden, wo sie am dringendsten benötigt werden und wo sie die höchste Produktivität erzielen. So wäre es Verschwendung, wenn z. B. der vergleichsweise teure Bagger zur Pflanzung von kleinen Bäumen eingesetzt wird, wenn der Einsatz von relativ günstigen Arbeitskräften den gleichen Pflanzenerfolg bewirken würde. Das Beispiel zeigt, dass das Ziel der Gewinnmaximierung und der effizienten, kostengünstigen Produktion dazu führt, dass knappe Produktionsfaktoren (wie z. B. der Faktor „Ausrüstungskapital“ in Form eines Baggers) immer dann geschont werden, wenn es – gemessen an den Produktivitäten der Faktoren – preisgünstigere Faktoren (Arbeitskraft mit Schaufel) gibt. Wird das ökonomische Prinzip im Gartenbaubetrieb realisiert, käme beispielsweise der Bagger ausschließlich bei Produktionsvorgängen zum Einsatz, bei denen die Arbeitskräfte überfordert und damit in der Produktion ineffizient wären (z. B. das Entfernen großer Wurzeln eines großen, gefällten Baumes).

Damit stellt das marktwirtschaftliche Koordinierungssystem im Rahmen der gegebenen Einkommens- und Vermögensverteilung Verbrauchseffizienz bei der Wahl der zu produzierenden Güter sicher (Güterpreis- und Grenznutzenrelation der Güter müssen im Einklang stehen, wie später mit dem sogenannten 2. Gossenschen Gesetz noch näher aufgezeigt wird). Darüber hinaus werden unter Wettbewerbsbedingungen diese Güter mit derjenigen Technologie produziert, die bei gegebenen Faktorpreisen die geringsten Kosten verursachen (Produktions- oder Outputeffizienz, die später unter der Überschrift „Minimalkostenkombination“ diskutiert wird). Insgesamt werden damit knappe volkswirtschaftliche Ressourcen (Produktionsfaktoren) zur Produktion derjenigen Güter eingesetzt, die in einer Volkswirtschaft bei gegebener Einkommens- und Vermögensverteilung den höchsten Nutzen stiften.

Die Ausführungen machen deutlich, dass den Preisen im marktwirtschaftlichen Lenkungsmechanismus eine zentrale Signal- und Lenkungsfunktion¹⁶ bei der Koordinierung der Entscheidungen der Wirtschaftsteilnehmer zukommt. Der Koordinierungsprozess über die Preise stellt zusammen mit den zielorientierten Entscheidungen der Wirtschaftsteilnehmer sicher, dass die vorgegebenen knappen Ressourcen für die Produktion genau derjenigen Güter eingesetzt werden, die den Haushalten den größten Nutzen stiften. Auf diese Weise führt die individuelle Zielmaximierung der Unternehmen und der Haushalte unter Beachtung ihrer jeweiligen Rahmendaten (Beschränkungen) zugleich zu einer gesellschaftlichen Nutzenmaximierung (Realisierung des ökonomischen Prinzips). Voraussetzung hierfür ist aber, dass die Preise sich auf den Faktor- und Gütermärkten entsprechend der Knappheiten frei bilden können. Sie dürfen beispielsweise nicht durch staatlich verordnete Höchst- oder Mindestpreise¹⁷ oder durch Subventionen verzerrt sein. Derartige verzerrte Preise

¹⁶ Zur Funktion der Preise und zum Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft vergleiche die näheren Ausführungen im Kapitel IV.

¹⁷ Mindest- bzw. Höchstpreise werden später im Kapitel IV näher erörtert.

werden verschiedentlich aus sozialpolitischen Erwägungen angestrebt (Mindestlöhne, Mindestpreise für Agrarprodukte, Höchstmieten je Quadratmeter im Sozialen Wohnungsbau, Subventionen von wenig wettbewerbsfähigen Produktionsbereichen wie z. B. die Kohleförderung). Mit sozial „gestalteten Preisen“ sollen verteilungspolitische Ziele wie eine gesicherte Grundversorgung mit lebensnotwendigen Gütern oder „sozialverträgliche“ Löhne erreicht werden. Eine sozialpolitische „Gestaltung“ der Preise wird aber mit allokatonspolitischen Nachteilen erkaufte, da der Faktor- und Gütereinsatz aufgrund verzerrter Preise nicht dem ökonomischen Prinzip entspricht. Ein zusätzliches Problem der effizienten Allokation, d. h. Verfügung über Güter und Faktoren ergibt sich auch dann, wenn nicht alle Kosten der Produktion oder der gesamte Nutzen der Güter in die Entscheidungen der Wirtschaftsteilnehmer einfließen. Eine unzureichende oder fehlende Einbeziehung aller Kosten oder Nutzen der Güter liegt z. B. bei sogenannten negativen externen Effekten (z. B. Umweltverschmutzung) oder positiven externen Effekten (z. B. positive Wirkungen von technischen Neuerungen) vor.¹⁸

Damit der marktwirtschaftliche Koordinierungsprozess optimal gestaltet wird und Unternehmen sich bei ihren Entscheidungen an den Knappheiten und Produktivitäten der Produktionsfaktoren sowie an den Wünschen der Verbraucher ausrichten, muss auf den Märkten zudem ein funktionierender Wettbewerb herrschen. Er stellt ein zentrales Element einer sozialen Marktwirtschaft dar, damit möglichst viele Marktteilnehmer von den Vorteilen des Wirtschaftens profitieren. Nur bei hinreichendem Wettbewerb ist garantiert, dass das Wirtschaften nicht allein der Machtausweitung und Bereicherung einzelner dominanter Wirtschaftsteilnehmer wie z. B. bestimmten Monopolisten dient, sondern allen Marktteilnehmern in Form effizienter Abstimmungsprozesse in einer sich ständig wandelnden Welt zugute kommt. Die Funktionsweise des Wettbewerbs und seine fundamentale Bedeutung für eine nach sozialen Aspekten ausgerichtete Marktwirtschaft wird in Kap. IV näher beleuchtet.

Wie bereits zuvor angedeutet, beantwortet das marktwirtschaftliche Prinzip die Frage des „für wen soll produziert werden“ überwiegend nach dem Grundsatz der wirtschaftlichen Stärke und der Leistungsfähigkeit. Daher ist zur ausreichenden sozialen Absicherung derjenigen Wirtschaftsteilnehmer, die diesem Leistungsprinzip aus persönlichen oder sonstigen Gründen nicht gewachsen sind, ein „sozialer Ausgleich“ oder eine Umverteilung von Einkommen und Vermögen durch die Gesellschaft, d. h. durch den Staat erforderlich. Die soziale Dimension der Ausgestaltung der Ergebnisse der Marktwirtschaft durch funktionierenden Wettbewerb und staatliche Ausgleichsmechanismen wird als **Soziale Marktwirtschaft** bezeichnet. Je nach der wirtschaftlichen Stärke der Volkswirtschaft und den sozialen Vorstellungen der Gesellschaft wird über das Niveau des sozialen Ausgleichs in verschiedenen sozialen Systemen unterschiedlich entschieden. Auch in Deutschland wurde die

¹⁸ Vgl. hierzu sowie zu weiteren Verzerrungen der optimalen Allokation das Kapitel V.

Diskussion um den sozialen Ausgleich immer wieder geführt und schlug sich in vielfältiger Form in den Wahlprogrammen der verschiedenen politischen Parteien nieder. Vor allem in den letzten Jahren nahm im Zuge der zunehmenden Globalisierung, d. h. der weltweiten Vernetzung von Produktions- und Konsumentenscheidungen, diese Auseinandersetzung deutlich zu, wie ein Blick auf die aufkommenden Schlagworte wie z. B. „Hartz-IV-Reformen“¹⁹ und „Agenda 2010“ verdeutlicht.²⁰ Die Bedeutung des Staates für eine optimale Güterversorgung (Allokation) und für eine als angemessen betrachtete Verteilung und Umverteilung (Distribution) von Einkommen und Vermögen wird in Kapitel V diskutiert.

Der Preisbildungs- und Koordinierungsprozess auf Märkten soll zu gesellschaftlich und wirtschaftlich effizienten Ergebnissen führen. Sie werden gleichsam von einer unsichtbaren Hand („**invisible hand**“) zielmaximierend vollzogen. Dies ist die zentrale Botschaft der Volkswirtschaftslehre und der Mikroökonomie. Ihre zukunftsweisende Ausrichtung wurde bereits durch **Adam Smith**, einem wichtigen Vertreter der **Klassischen Nationalökonomie**, in seinem zentralen Werk „**The Wealth of Nations**“ 1776 begründet.

Das Gegenstück zur dezentral organisierten Marktwirtschaft bildet die **Zentralverwaltungswirtschaft**. In der idealtypischen Ausprägung dieser Wirtschaftsordnung werden die zahlreichen Entscheidungen nicht von den einzelnen Wirtschaftsteilnehmern, sondern von einer zentralen Instanz getroffen und hierarchisch nach unten weitergegeben. Die Beantwortung der oben angeführten drei Fragen nach dem „was“, „wie“ und „für wen“ soll produziert werden stellt diese zentrale Instanz aber vor ein kaum zu lösendes Problem. Muss sie doch sowohl die Wünsche der Haushalte als auch die Möglichkeiten der Produktionstechnologie überschauen. Bei der Frage des „für wen, in welcher Menge“, d. h. bei der Frage nach dem Bedarf handelt es sich nicht um eine ökonomische, sondern um eine soziale Entscheidung. Das Bedarfsprinzip kann z. B. nach dem Gleichheitsprinzip „jedem das Gleiche“ ausgelegt werden. Doch was ist unter „gleichem Bedarf“ zu verstehen, wenn die Wirtschaftssubjekte unterschiedliche Güter in unterschiedlichen Mengen nachfragen und die hierdurch entstehenden unterschiedlichen Warenkörbe z. B. aufgrund fehlender oder verzerrter Preise nicht miteinander verglichen werden können?

¹⁹ Mit den sogenannten Hartz-Gesetzen (benannt nach ihrem Initiator Peter Hartz), insbesondere den Hartz-IV-Gesetzen, versuchte die deutsche Bundesregierung in 2002 unter Bundeskanzler Gerhard Schröder den Arbeitsmarkt zu reformieren, ihn flexibler zu gestalten und Arbeitskräfte verstärkt in den Arbeitsprozess zu integrieren.

²⁰ Die Maßnahmen der Agenda 2010 sahen eine Neubelebung der deutschen Volkswirtschaft durch marktwirtschaftliche Reformen vor. Die Maßnahmen gingen über die Beschlüsse zum Arbeitsmarkt im Rahmen der Hartz-Gesetze hinaus und betrafen u. a. auch die Wachstums-, Bildungs- und Familienpolitik sowie Reformen der Sozialversicherungen (z. B. Reform der Rente im Hinblick auf die demographische Alterung durch einen sogenannten Nachhaltigkeitsfaktor).

Vor dem Hintergrund dieser und der anderen als unlösbar anzusehenden Probleme ist es nicht verwunderlich, dass sich viele Volkswirtschaften für die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft entschieden haben und ihren Wohlstand – trotz z.T. bestehender wirtschaftlicher Probleme, wie z. B. hoher Arbeitslosigkeit – deutlich ausweiten konnten. Auch viele frühere Zentralverwaltungswirtschaften haben inzwischen den marktwirtschaftlichen Weg eingeschlagen. Die **Grundsatzentscheidung** für die **Soziale Marktwirtschaft** in der Bundesrepublik Deutschland fiel **1948/49** mit der **Währungsreform** (1948) und der Beseitigung von **Preisbindungen** (1948) sowie dem Inkrafttreten der **Staatsverfassung** (1949). Der Begriff der **Sozialen Marktwirtschaft** geht auf **Alfred Müller-Armack** (1901–1978) zurück; er verstand hierunter „(...) eine ordnungspolitische Idee (...), deren Ziel es ist, auf der Basis der Wettbewerbswirtschaft die freie Initiative mit einem gerade durch die marktwirtschaftliche Leistung gesicherten sozialen Fortschritt zu verbinden“²¹. Diese sehr flexibel formulierte Definition soll zum Ausdruck bringen, dass der soziale Ausgleich nur dann mit einem sozialen Fortschritt einhergeht, wenn er einerseits die wirtschaftliche Kraft einer Volkswirtschaft nicht überlastet, andererseits aber auch den Spielraum für einen sozialen Ausgleich nutzt. Dabei kommt dem Wettbewerb eine zentrale soziale Ausgleichsfunktion zu, wie in Kapitel IV.1 noch näher spezifiziert wird. Politisch durchgesetzt wurde das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft durch **Ludwig Erhard** (1897–1977), dem ersten Wirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland.²²

Die Soziale Marktwirtschaft stellt grundsätzlich eine effiziente Wirtschaftsordnung dar, die gegebene knappe Ressourcen über den Lenkungsmechanismus von Preisen und Wettbewerb derart für die Produktion von Gütern verwendet, dass mit ihnen für eine gegebene Einkommens- bzw. Vermögensverteilung der höchste denkbare Nutzen bei den nachfragenden Wirtschaftsobjekten realisiert werden kann. Zentrale Voraussetzung für den Erfolg dieser liberalen Wirtschaftsordnung ist jedoch eine **funktionierende Wirtschaftsordnung, die freiheitliche, marktwirtschaftliche Elemente mit ordnenden, regulierenden Prinzipien** vereint. Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland enthält daher u. a. die folgenden zentralen Elemente²³, die sich aus dem Bedarf nach Rechtssicherheit, der Notwendigkeit freier Konsumenten- und Produzentenentscheidungen, dem Erfordernis freier und überschaubarer Preisbildungen und einer sozialen Absicherung in der Sozialen Marktwirtschaft ergeben; Elemente der Sozialen Marktwirtschaft sind daher im Einzelnen:

²¹ Vgl. z. B. Andersen, U.; Wichard, W. (Hrsg.): Art. Soziale Marktwirtschaft/Wirtschaftspolitik, in: Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 5. Auflage, Opladen 2003.

²² Zu einer kurzen, übersichtlichen Zusammenstellung der Gründer der Sozialen Marktwirtschaft, den sogenannten Ordoliberalen, vgl. Grosseckler, H. u. a.: Volkswirtschaftslehre, a. a. O., S. 217 ff.

²³ Derjenige Teil der Wirtschaftsordnung, der durch rechtliche Regelungen spezifiziert wird, findet dabei auch in dem Begriff der „Wirtschaftsverfassung“ seinen Niederschlag.

- ein funktionierendes **Rechtssystem** zur Sicherung individueller Freiheitsrechte (Eigentumsrechte, Gewerbe-, Produzenten- und Konsumentenfreiheit, etc.),
- eine funktionierende **Wettbewerbsordnung** zur größtmöglichen Gewährleistung unternehmerischen Wettbewerbs (Instrumente sind u. a. das in ein europäisches Wettbewerbsrecht eingebettete **Gesetz gegen Wettbewerbs-Beschränkungen** (GWB), überwacht durch das deutsche **Bundeskartellamt** in Bonn und die **EU-Kommission** in Brüssel),
- **Konsumentensouveränität** bei der Güternachfrage, dem Arbeitsangebot und der Ersparnisbildung,
- **offene**, nicht durch Handelsschranken begrenzte **Märkte**,
- eine **innere Preisstabilität**, die durch eine **stabile Währung** auch nach außen ergänzt wird sowie eine freie, unverzerrte Preisbildung²⁴,
- ein mit der marktwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in Einklang stehendes **soziales Sicherungssystem**²⁵ sowie
- **staatliche Eingriffe**²⁶ zur Sicherstellung einer effizienten Güter- und Faktor**allokation (Allokationspolitik)**,
- einer von der Gesellschaft als „gerecht“ empfundenen Einkommens-(/) bzw. **Vermögensdistribution (Distributionspolitik)** und einer
- von der Gesellschaft als angemessen angesehenen staatlichen **Stabilisierungspolitik** der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung.

Mit der im Frühjahr 2007 begonnenen Wirtschafts- und Finanzkrise wurde die Soziale Marktwirtschaft im Hinblick auf ihre Funktionsweise einem harten Test unterzogen. Zentrale Ursache der Wirtschaftskrise war eine überzogene Ausrichtung

²⁴ Preisliche Vergünstigungen von Produktionsfaktoren (Subventionen) können sich dabei grundsätzlich als ebenso schädlich für eine effiziente Güterversorgung erweisen (sofern sie nicht zum Ausgleich externer Effekte eingesetzt werden), wie die Beeinträchtigung der freien Preisbildung durch Mindest- bzw. Höchstpreise (siehe hierzu die späteren Ausführungen in Kapitel IV).

²⁵ Hier ist vor allem zwischen den gesetzlichen Sozialversicherungssystemen und der staatlichen Fürsorge zu unterscheiden. Während der gesetzlichen Sozialversicherung grundsätzlich der Gedanke des Äquivalenzprinzips zugrunde liegt, d. h. jeder Bürger sich grundsätzlich durch staatlich geregelte Sozialversicherungsbeiträge gegen zentrale soziale Belastungen abzusichern hat (gesetzliche Kranken-, Arbeitslosen-, Renten- und Pflegeversicherung), steht bei der Fürsorge das Bedürftigkeitsprinzip im Vordergrund. Es greift in sozialen Notlagen auch dann, wenn der Betroffene durch besondere Risiken oder Belastungen keine ausreichende soziale Absicherung durch gesetzliche oder private Maßnahmen ergreifen konnte und auch sonst keine andere Unterstützung möglich ist (sogenanntes Subsidiaritätsprinzip). Allerdings haben in den letzten Jahrzehnten auch in der gesetzlichen Sozialversicherung die bedarfsorientierten Leistungen an Bedeutung gewonnen. Von ihnen gehen stärkere Umverteilungswirkungen aus.

²⁶ Zur Präzisierung vgl. die Ausführungen zur Allokations-, Distributions- und Stabilisierungspolitik des Staates unter dem Gliederungspunkt „Marktversagen und die Rolle des Staates“ in Kapitel V.

der Aktivitäten von Finanz- und Wirtschaftsakteuren auf die Maximierung von Renditen, ohne dabei die drohenden Risiken hinreichend zu berücksichtigen. Da die Lenkung der Marktwirtschaft über Preise und Renditen zu massiven Problemen²⁷ führte und damit quasi das Herzstück des marktwirtschaftlichen Abstimmungsmechanismus seine Funktion nicht oder nicht ausreichend erfüllte, sieht sich die Soziale Marktwirtschaft und ihr Koordinationsmechanismus erheblicher Kritik ausgesetzt.²⁸

Die Kritiker sollten sich aber bewusst sein, dass die Funktionsweise der Sozialen Marktwirtschaft an strenge Rahmenbedingungen geknüpft ist. Hierzu gehören vertragliche Regelungen, die jeden Marktteilnehmer in die persönliche Pflicht nehmen (Sanktionsmechanismus), wenn er nicht zielgerichtete Entscheidungen zu Lasten anderer Wirtschaftsteilnehmer trifft. Wie in Kapitel V noch aufgezeigt wird, sind die Folgen unzureichender (asymmetrischer) Informationen durch eine angemessene Ausgestaltung der Informationssysteme (z. B. Funktionsweise von Ratingagenturen und staatlichen Kontrollgremien zur Beurteilung von Marktrisiken) zu vermeiden. Auch müssen im Banken- und Versicherungssektor ausreichende Risikopuffer in Form von Kapitalreserven (z. B. Eigenkapitalausstattungen) oder finanzieller Ausgleichssysteme zur Bewältigung vorübergehender Liquiditätsengpässe geschaffen werden. Die Systeme müssen so gestaltet werden, dass unverantwortliches Handeln nicht von der Hoffnung genährt wird, dass staatliche Ausgleichsmechanismen (bail-out) marktwirtschaftliches Fehlverhalten alimentieren. Gerade am Beispiel dieser Wirtschafts- und Finanzkrise zeigt sich, wie verletzbar die Soziale Marktwirtschaft ist, wenn die marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen unzureichend ausgestaltet sind. Dabei ist zu beachten, dass Produkt- und Prozessinnovationen auch entsprechende Anpassungen der marktwirtschaftlichen Regulierungssysteme erfordern.

Aufgrund der hohen Staatsverschuldung zahlreicher Länder des Euroraums, der USA und anderer Staaten hat sich die aus dem expansiven Kreditverhalten der Banken resultierende Hypothekenkrise inzwischen zu einer Staatsschuldenkrise fortentwickelt. Da die Banken im großen Umfang Staatspapiere halten, die infolge der Überschuldung der Staaten deutlich abgewertet wurden, droht aufgrund des Kursverlustes dieser Papiere inzwischen eine anhaltende Bankenkrise. Auch diese Krise wird als Krise der Sozialen Marktwirtschaft und ihres Koordinierungsmechanismus angesehen. Jedoch ist hierbei zu beachten, dass durch die Schaffung einer einheitlichen Währung und eines einheitlichen Leitzinses im Euro-Währungsraum die An-

²⁷ Überzogene Managergehälter, die auf die Erreichung kurzfristig, nicht nachhaltig definierter Ziele ausgerichtet waren sowie überzogene Renditen, die die bestehenden Risiken systematisch unterschätzten (z. B. riskante Immobilienkredite oder Finanzbeteiligungen), haben die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft auf eine harte Probe gestellt.

²⁸ Der ehemalige Präsident der US-amerikanischen Notenbank FED bringt dies bei einer Anhörung im US-amerikanischen Kongress wie folgt zum Ausdruck: „Diejenigen von uns, die geglaubt haben, dass das Eigeninteresse von Banken das Kapital ihrer Aktionäre schützen würde, sind – einschließlich mir selbst – in einem Stadium schockierten Unglaubens(...)“ (zitiert nach: DB-Research, Homo oeconomicus, a. a. O., S. 2).

passungsfähigkeit der Volkswirtschaften des Euroraumes erheblich beeinträchtigt wird. Hier zeigt sich, dass ein einheitlicher Währungsraum nur dann funktionsfähig ist, wenn die Mitgliedstaaten durch Strukturreformen und wirtschaftspolitische Anpassungen die Voraussetzungen für eine ausreichende Wettbewerbsfähigkeit schaffen. Auch sind im EU-Vertrag Neuordnungen der Finanzmarktregulierungen vorzunehmen und ein europäisches Verfahren für eine geordnete Insolvenz von Banken und Staaten zu berücksichtigen, um das Vertrauen in den marktwirtschaftlichen Koordinierungs- und Anpassungsmechanismus wieder herzustellen.²⁹ Eine Soziale Marktwirtschaft kann nur dann funktionieren, wenn die zuvor dargestellten Rahmenbedingungen gegeben sind. Die Tatsache, dass struktur- und finanzschwache Länder des Euroraumes den Wechselkurs als Anpassungsinstrument nicht einsetzen können und der einheitliche Leitzins zudem auf die unterschiedliche wirtschaftliche Situation nicht ausreichend reagieren kann, darf nicht dem System der Marktwirtschaft angelastet werden. Vielmehr sind die finanz- und wirtschaftspolitischen Missstände sowohl einer exzessiven Finanzpolitik als auch unterbliebenen Strukturreformen in den betroffenen Ländern zuzuschreiben. Eine wirtschaftliche Besserung ist nur dann zu erwarten, wenn der mit der einheitlichen Währung angestrebten Vollendung der Europäischen Union auch praktische Schritte in Richtung einer politischen Union folgen.

2.2 Haushalte, Unternehmen, Staat und Märkte als zentrale Elemente einer Sozialen Marktwirtschaft

Im Folgenden sollen die Entscheidungen der Privaten Haushalte (Haushaltstheorie) und der Unternehmen (Unternehmenstheorie), die Bedeutung des Staates in einer Sozialen Marktwirtschaft sowie das Zusammentreffen ihrer Entscheidungen auf Märkten überblickartig beschrieben werden. Eine detaillierte Analyse der einzelnen Entscheidungen der Haushalte und der Unternehmen erfolgt dann in den Kapiteln III.1 und III.2. Hier sowie in den folgenden Kapiteln wird auch auf die überragende Bedeutung des Wettbewerbs für die Funktionsweise der Sozialen Marktwirtschaft und auf den Einfluss verschiedener Marktformen eingegangen, die ihrerseits wiederum das Marktverhalten der Anbieter und die Nachfrage maßgeblich prägen. Neben den Privaten Haushalten stellt der Staat³⁰ in Gestalt der „Gebietskörperschaften“ und der „Sozialversicherungen“ eine für den Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft zentrale Wirtschaftseinheit dar. Sein grundsätzliches Aufgabenspektrum soll in diesem einführenden Kapitel kurz skizziert und im Kapitel V („Marktversagen und die Rolle des Staates“) näher beschrieben werden. Allerdings können die Ausführungen

²⁹ Zur aktuellen deutschen und weltweiten Wirtschafts- und Finanzsituation und zu den erforderlichen Maßnahmen vgl. u. a. Wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2011.

³⁰ Die unter dem Begriff „Staat“ zusammengefassten Gebietskörperschaften und gesetzlichen Sozialversicherungsträger werden auch als „Öffentliche Haushalte“ bezeichnet.

nur einen Überblick vermitteln. Eine detaillierte Analyse der Staatstätigkeit ist der weiterführenden finanzwissenschaftlichen Literatur vorbehalten.³¹

Haushaltstheorie:

Den Untersuchungsgegenstand der Haushaltstheorie bilden die Privaten Haushalte, die von den Öffentlichen Haushalten (Staat) zu unterscheiden sind. Im Jahre 2010 gab es rund 40,2 Mio. Private Haushalte³² in Deutschland mit einer durchschnittlichen Haushaltsgröße von 2,03 Personen je Haushalt. Rational handelnde Private Haushalte (Rationalitätsprinzip) haben bei der Maximierung ihrer Zielfunktion (z. B. Nutzenmaximierung) ihre jeweiligen Beschränkungen zu beachten (vgl. Übersicht II-2). Eine Beschränkung stellt die Budgetgerade des Haushalts dar, die beschreibt, wie sich in jeder Wirtschaftsperiode (z. B. einen Monat oder ein Jahr) das erwirtschaftete Nominaleinkommen Y auf die Konsumausgaben C und die Ersparnis S aufteilt. Die Konsumausgaben C werden für Güter X und Z getätigt, für die jeweils je Mengeneinheit die Güterpreise $P(X)$ und $P(Z)$ zu zahlen sind. Neben der Budgetbeschränkung muss der Haushalt seine Zeitbeschränkung beachten: Das gesamte Zeitkontingent von 24 Stunden/Tag ist auf Arbeit und Freizeit aufzuteilen. Vor diesem Hintergrund zeigt die Übersicht II-2 **drei zentrale Entscheidungen** auf, die ein Haushalt simultan zu treffen hat³³. Um die folgenden Darstellungen zu vereinfachen, werden die Entscheidungen isoliert dargestellt, auch wenn sie in der Realität gleichzeitig und interdependent erfolgen:

- Für einen bestimmten nominalen Konsumbetrag ist zu entscheiden, wie sich dieser Ausgabenbetrag auf verschiedene Güter X und Z in der Mengen- und Wertstruktur aufteilt. (**Entscheidung: Konsumstrukturproblem** = Optimierung der **Struktur der Güternachfrage** in einer betrachteten Periode).
- Für ein bestimmtes Einkommen ist zu entscheiden, welcher Teil des Einkommens konsumiert oder gespart wird. Auch ist zu entscheiden, ob die Ersparnis negativ ausfallen, d. h. ein Kredit aufgenommen wird. Da die Ersparnis den Konsum der nächsten Perioden darstellt, handelt es sich um die zeitliche Verwendungsstruktur des Einkommens (**Entscheidung: Optimierung der zeitlichen Struktur der Güternachfrage** in verschiedenen Perioden).

³¹ Vgl. z. B. Zimmermann, H.; Henke, K.-D.: Finanzwissenschaft, 7. Auflage, München 1994.

³² Vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 2010, Entwicklung der Privathaushalte bis 2030, Ergebnisse der Haushaltsvorausberechnung, Wiesbaden 2011, Tabelle „Entwicklung der Privathaushalte“. Die Prognosen des Statistischen Bundesamtes kommen zu dem Ergebnis, dass die Zahl der Privathaushalte sich bis 2024 auf 41,2 Mio. erhöht und dann bis 2030 leicht abnimmt; die durchschnittliche Haushaltsgröße reduziert sich nach diesen Vorausberechnungen bis 2030 auf 1,88 Personen; während im Jahr 2010 etwa 40% in Einpersonenhaushalten leben, dürfte dieser Anteil bis 2030 voraussichtlich auf 43,4% ansteigen; vgl. zu den verschiedenen Zahlen ebenda.

³³ Die in Übersicht II-2 erfassten Angaben „1-HH“ bis „3-HH“ kennzeichnen die drei Entscheidungen der Haushalte mit einem kurzen Symbol.

- Bei den bisherigen Entscheidungen wurde ein bestimmtes Arbeitseinkommen zugrunde gelegt. Aber auch hierüber hat der Haushalt zu entscheiden, d. h. er muss festlegen, wie die ihm zur Verfügung stehende Zeit auf die beiden Verwendungsmöglichkeiten „Arbeit“ und „Freizeit“ grundsätzlich optimal aufzuteilen ist (**Entscheidung**: Strukturproblem der Zeitaufteilung auf Arbeit und Freizeit), woraus ein bestimmtes **Arbeitsangebot** resultiert .

Übersicht II-2: Ziele, Nebenbedingungen, Entscheidungen eines Privaten Haushalts	
Nutzenfunktion	Zielsetzung, z. B. <i>Nutzenmaximierung</i>
<ul style="list-style-type: none"> - optimale gütermäßige Konsumstruktur (Güternachfrage) in einer Periode (1-HH) - optimale Konsumaufteilung auf die Perioden (Konsum und Sparen) (2-HH) - optimales Arbeitsangebot in einer Periode (3-HH) 	Drei Entscheidungen eines Privaten Haushalts
<p style="text-align: center;">Einkommen (Y) = Konsumausgaben (C) + Sparen (S)</p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p> <p style="text-align: center;"> </p>	

werbsquote³⁵ der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15- bis unter 65 Jahre lag im Frühjahr 2009 in Deutschland bei 76,2%. Der Mikrozensus 2009 weist auch aus, dass von den erfassten 34,2 Mio. abhängig Beschäftigten³⁶ viele einer Teilzeitbeschäftigung nachgingen und im Vergleich zu früheren Jahren (z.B. 1991) die Quote der Teilzeitbeschäftigten deutlich zugenommen hat (vgl. Tabelle II-1). Teilzeitbeschäftigung hat einen hohen Stellenwert im Erwerbsleben, und der Private Haushalt verfügt über Handlungsspielräume, die Arbeitszeit individuell zu gestalten. Dabei konzentriert sich die Teilzeitarbeit vor allem auf Frauen.

Stundenzahl je Woche	Teilzeitbeschäftigte ¹⁾ in Mio.	Anteil ²⁾ Teilzeitbeschäftigung insgesamt in %	Anteil ³⁾ weiblicher Teilzeitbeschäftigter
20 Std. u. weniger	6,0	17,5 %	80,4 %
31 Std. u. weniger	9,1	26,6 %	81,7 %
35 Std. u. weniger	11,1	32,5 % (1991: 14%)	74,8 %

1) Der Begriff „Teilzeitbeschäftigung“ ist vom Stundenumfang nicht klar definiert. Daher werden im Folgenden Zahlen mit unterschiedlichem Stundenumfang dargestellt.
 2) Anteil der Teilzeitbeschäftigten mit bis zu ...Stunden je Woche bezogen auf 34,2 Mio. Abhängig Beschäftigte.
 3) Anteil weiblicher Teilzeitbeschäftigter an allen Teilzeitbeschäftigten (Frauen und Männer).
 Quelle: Vgl. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit 2010, Entwicklung der Privathaushalte bis 2030, a. a. O., Tab. 2.9, S. 3 sowie eigene Berechnungen.

Das **Arbeitsangebot** verschafft dem Privaten Haushalt ein **Faktoreinkommen**, aus dem zunächst **Steuern** und **Sozialversicherungsabgaben** gezahlt werden³⁷. Andererseits empfängt der Private Haushalt auch **Transferzahlungen** (z. B. Kindergeld, Wohngeld, Rente etc.), die das für Konsum und Ersparnis verbleibende Einkommen, das sogenannte **verfügbare Einkommen**, erhöhen.

Die **Vermögensdisposition eines Privaten Haushalts** betrifft die Frage, welche Ersparnis gebildet werden soll, und wie diese und das vorhandene Vermögen optimal anzulegen sind. Hierzu sind verschiedene Anlagemöglichkeiten gegeneinander abzu-

³⁵ Erwerbsquote = Erwerbspersonen/Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-65 Jahre); zu den Zahlen vgl. Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2009, Tab. 1.3, S. 3.

³⁶ In der Terminologie der Arbeitsmarktstatistik bilden die abhängig Beschäftigten zusammen mit den Selbstständigen die sogenannten Erwerbstätigen. Werden neben den Erwerbstätigen auch die Arbeitslosen (Erwerbslosen) in die Betrachtung einbezogen, so wird von „Erwerbspersonen“ gesprochen.

³⁷ Nach den Angaben der EVS 2008 betrug im Jahr 2008 die durchschnittliche Abgabenlast der Privaten Haushalte für Einkommen-, Kirchensteuer und den Solidaritätszuschlag sowie für die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung 21,4% des Haushaltsbruttoeinkommens (bei Paaren mit Kindern 23%); vgl. Statistisches Bundesamt: Wo bleibt mein Geld?, Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 (EVS 2008), Begleitmaterial zur Pressekonferenz am 8. Dezember 2010, Tabelle 6, S. 15.

wägen, die sich nach Rendite, Laufzeit, Kurs- und Ausfallrisiko, Liquiditätsgrad und im Hinblick auf andere Merkmale unterscheiden. Die verschiedenen Entscheidungen eines Privaten Haushalts stellen ein **interdependentes System** dar. So kann der Wunsch nach größerem Konsum zum Mehrangebot an Arbeitsleistungen (z. B. Überstunden) oder zur Reduzierung des Sparens oder zum Entsparen und damit zur Verminderung von Vermögenswerten führen. Ferner ist zu berücksichtigen, dass ein Teil des Einkommens in Form von Steuern und Sozialabgaben an den Staat (Gebietskörperschaften, Sozialversicherungsträger) zu entrichten ist und der Finanzierung der Staatsausgaben dient, so dass es enge Verknüpfungen zwischen den Entscheidungen des Staates und den Entscheidungen der Haushalte gibt. Natürlich hängen das Einkommen und das Kaufverhalten der Privaten Haushalte auch von den Preisen der Faktoren Arbeit und Kapital sowie von den Güterpreisen ab, die ihrerseits wieder durch die Entscheidungen der Unternehmen geprägt werden. Somit existieren nicht nur innerhalb des Haushalts, sondern zwischen dem Haushalt und den weiteren Entscheidungsträgern „Private Unternehmen“ und „Staat“ interdependente Entscheidungsstrukturen, die das komplexe Gebilde ökonomischer Entscheidungen in einer Volkswirtschaft erahnen lassen. Allerdings ist es im Rahmen dieser einführenden Analyse nicht möglich, die verschiedenen Aspekte als **geschlossene Haushalts- und Unternehmenstheorie zu entwickeln** und alle oben genannten Entscheidungen systematisch aufeinander abzustimmen. Insoweit erfolgt die nachfolgende Betrachtung im Sinne einer sogenannten **Partialanalyse**, wobei auf die Frage der Vermögensdisposition der privaten Haushalte nicht weiter eingegangen wird.

Unternehmenstheorie:

Im Jahr 2009 gab es in Deutschland 4,2 Mio. Selbständige³⁸, deren Unternehmen sich nach Größenklassen (kleine, mittlere und große Unternehmen), Branchen (Landwirtschaft mit 0,2 Mio. Selbstständigen, Produzierendes Gewerbe mit 0,8 Mio. Selbstständigen; Handel und Gastgewerbe, Verkehr mit 1,2 Mio. Selbstständigen; Sonstige Dienstleistungen mit 2,0 Mio. Selbstständigen) oder Rechtsformen (Einzelunternehmen, Personen-, Kapitalgesellschaften) unterscheiden. Unabhängig von diesen Kriterien steht jedes Unternehmen mit anderen Wirtschaftssubjekten vor allem an zwei Stellen in Verbindung:

- auf den **Absatzmärkten** als Anbieter seiner Erzeugnisse, soweit diese nicht im eigenen Produktionsprozess eingesetzt oder auf Lager genommen werden,
- und auf den **Beschaffungsmärkten** als Nachfrager nach Produktionsfaktoren (insbesondere Arbeit) und dauerhaften Produktionsmitteln („Investitionsgütern“).

³⁸ Vgl. Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, a. a. O., Tab. 2.1, S. 2. U. a. im Zuge der sogenannten Hartz IV-Reformen und der Einführung der sogenannten „Ich-AG“ hat sich die Zahl der Selbstständigen in Deutschland erhöht.

Hinzu kommen z. B. Kreditbeziehungen mit Banken oder Transferbeziehungen zu Öffentlichen Haushalten (z. B. Zahlung von Steuern bzw. Bezug von Subventionen), die im Folgenden aber nicht betrachtet werden. Im Rahmen dieser vielfältigen Beziehungen haben Unternehmen vor dem Hintergrund ihrer Zielsetzung und unter Berücksichtigung der produktionstheoretischen Möglichkeiten (Produktionsfunktion) verschiedene Entscheidungen zu treffen. Dabei können die Zielsetzungen der verschiedenen Unternehmen variieren (z. B. Maximierung von Gewinnen, Erhöhung von Marktanteilen); gleichwohl dürfte längerfristig der Zielsetzung der Gewinnmaximierung eine übergeordnete Bedeutung zukommen.

Die Gewinnmaximierung erfolgt unter Einhaltung der zahlreichen Beschränkungen, denen sich eine Unternehmung gegenüber sieht. Im Folgenden soll nur die aus volkswirtschaftlicher Sicht herausragende produktionstheoretische Beschränkung betont werden. Sie bringt zum Ausdruck, dass sich eine Unternehmung in einer Volkswirtschaft einer begrenzten Menge an Produktionsfaktoren gegenüber sieht. Die Produktionsfaktoren sind im Produktionsprozess optimal zu kombinieren, um gemäß dem ökonomischen Prinzip aus der begrenzten Ressourcenmenge eine möglichst hohe Produktionsmenge an Gütern (Output) einer Volkswirtschaft zu ermöglichen. Die formale Beziehung zwischen den produzierten Gütern und den Faktorinputs wird über die Produktionsfunktion beschrieben. Im Folgenden soll vereinfachend nur eine repräsentative Einproduktunternehmung betrachtet werden, die stellvertretend für die zahlreichen Güter das Gut X produziert. Damit kommt hier nicht die Produktionsfunktion einer Mehrproduktunternehmung zur Anwendung. Vor diesem vereinfachten Hintergrund lassen sich aus der Zielsetzung der Gewinnmaximierung folgende zentrale Entscheidungen der Unternehmung bei der Produktion des Gutes X ableiten (vgl. Übersicht II-3):

- **Güterangebot:** Je nach den Wettbewerbsbedingungen des Marktes (Marktform) führt eine bestimmte Zielfunktion (z. B. Gewinnmaximierung) zu einem bestimmten **kurzfristigen bzw. langfristigen Angebot** an Gütermengen. Die Begriffe kurz- bzw. langfristig stellen dabei auf die Frage ab, ob nur der Einsatz einzelner Produktionsfaktoren variiert werden kann und die Einsatzmenge der restlichen Faktoren fest vorgegeben ist (**partielle Faktorvariation**) oder ob der Einsatz aller Faktoren völlig flexibel und damit kostenminimierend geplant werden kann (**totale Faktorvariation**, Minimalkostenkombination), wobei ehemalige Fixkosten neu zur Disposition gestellt werden.
- **Faktornachfrage:** In jedem **Produktionsprozess** müssen Entscheidungen über das Verhältnis zwischen den eingesetzten Inputfaktoren (z. B. Arbeit, Kapital, Technischer Fortschritt), ihren Preisen (Faktorpreise) und dem Produktionsergebnis (Output) getroffen werden. Hieraus resultiert im Falle der totalen Faktorvariation die zielmaximierende (z. B. gewinnmaximierende) Nachfrage nach den Produktionsfaktoren (z. B. Arbeit und Kapital; die optimale Kapitalnachfrage betrifft die optimale **Investitionsplanung**, d. h. die Entscheidung über die optimale Anschaffung dauerhafter Produktionsmittel). Im Fall der partiellen Faktorvaria-